

RECHEN SCHAFTS BERICHT 2007

**Achtung:
Korrigendum
auf Seite 2**

Gerichtspolizeiliche Aufgaben

Nachrichtendienstliche Aufgaben

Sicherheitspolizeiliche Aufgaben

Verwaltungspolizeiliche Aufgaben

Unterstützende polizeiliche Aufgaben

Impressum

KONZEPT UND REDAKTION
Bundesamt für Polizei fedpol
Interpublicum AG, Ostermundigen
Kommunikation Myriam Mauerhofer, Bern

GESTALTUNG
HP Hauser/AVD, Bern

DRUCK
Sonderegger Druck AG, Weinfelden

VERTRIEB
BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3003 Bern
www.bundespublikationen.admin.ch
Art.-Nr. 403.500 D (2'000 Ex.)

COPYRIGHT
Bundesamt für Polizei 2008
Auszugsweiser Nachdruck der Texte
mit Quellenangabe gestattet.

K O R R I G E N D U M

Seite 21 «Massnahmen im Zusammenhang mit Ausländern/Asyl- und Einbürgerungsbereich», 2. Abschnitt

Richtig: «...für das BFM, Sektion Bürgerrecht, rund **34'000 (40'000)** Einbürgerungsgesuche.»

Falsch: «...für das BFM, Sektion Bürgerrecht, rund **3'400 (4'000)** Einbürgerungsgesuche.»

Inhalt

Einleitung	5
Kapitel 1 Gerichtspolizeiliche Aufgaben	
Ermittlungen Staatsschutz/Besondere Tatbestände	8
Ermittlungen Terrorismus	8
Ermittlungen Forensik/Informatik	9
Observationen	10
Menschenhandel/Menschenschmuggel	11
Pädophilie/Pornografie	12
Falschgeld	12
Kapitel 2 Nachrichtendienstliche Aufgaben	
Terrorismus	14
Extremismus	14
Verbotener Nachrichtendienst	15
Proliferation	15
Plattformen	16
Operationen	16
Internationale Beziehungen (Verbindungsbüro)	17
Kapitel 3 Sicherheitspolizeiliche Aufgaben	
Sicherheit Personen	18
Sicherheit Gebäude	18
Risiko- und Bedrohungsanalyse	19
Kapitel 4 Verwaltungspolizeiliche Aufgaben	
Sprengstoff und Pyrotechnik	20
Waffen	20
Kriegsmaterial	21
Massnahmen im Zusammenhang mit Ausländern	21
Bekämpfung von Gewalt bei Sportveranstaltungen	22
Gewaltpropaganda	23
Personensicherheitsprüfungen	23
KOBIK	24
MELANI	24
Koordinationsstelle gegen Menschenhandel und Menschenschmuggel	25
Meldestelle für Geldwäscherei MROS	26
Ausweisschriften	27
Koordinationsstelle im Bereich Identitäts- und Legitimationsausweise (KILA)	29
Nachforschungen nach vermissten Personen	30

Kapitel 5 Unterstützende polizeiliche Aufgaben

Einsatzzentrale fedpol	31
Analyse	33
Bundeslagezentrum	33
Internationale Polizeikooperation	34
Umsetzung des Schengen-Assoziierungsabkommens	36
Fahndungen RIPOL	37
AFIS DNA Services	38
Rechtsetzung (Rechtsdienst/Datenschutz)	39
Ressourcen	40

Glossar	42
----------------	----

Einleitung

Das Bundesamt für Polizei (fedpol) veröffentlicht erstmals in diesem Jahr einen umfassenden Rechenschaftsbericht (REBERI).

Damit vermittelt das Bundesamt einen Überblick über die Schwerpunkte der Tätigkeiten im Jahr 2007 und gibt Aufschluss darüber, wie fedpol die zur Verfügung stehenden Ressourcen (Personal, Finanzen, Infrastruktur) eingesetzt hat.

In den REBERI fliessen auch die bis anhin separat publizierten Jahresberichte von Teilbereichen des Amtes mit ein (Bundeskriminalpolizei, Meldestelle für Geldwäscherei/MROS) sowie die wesentlichen Inhalte weiterer, eigenständiger Erzeugnisse wie des MELANI- und des KOBIK-Berichts.

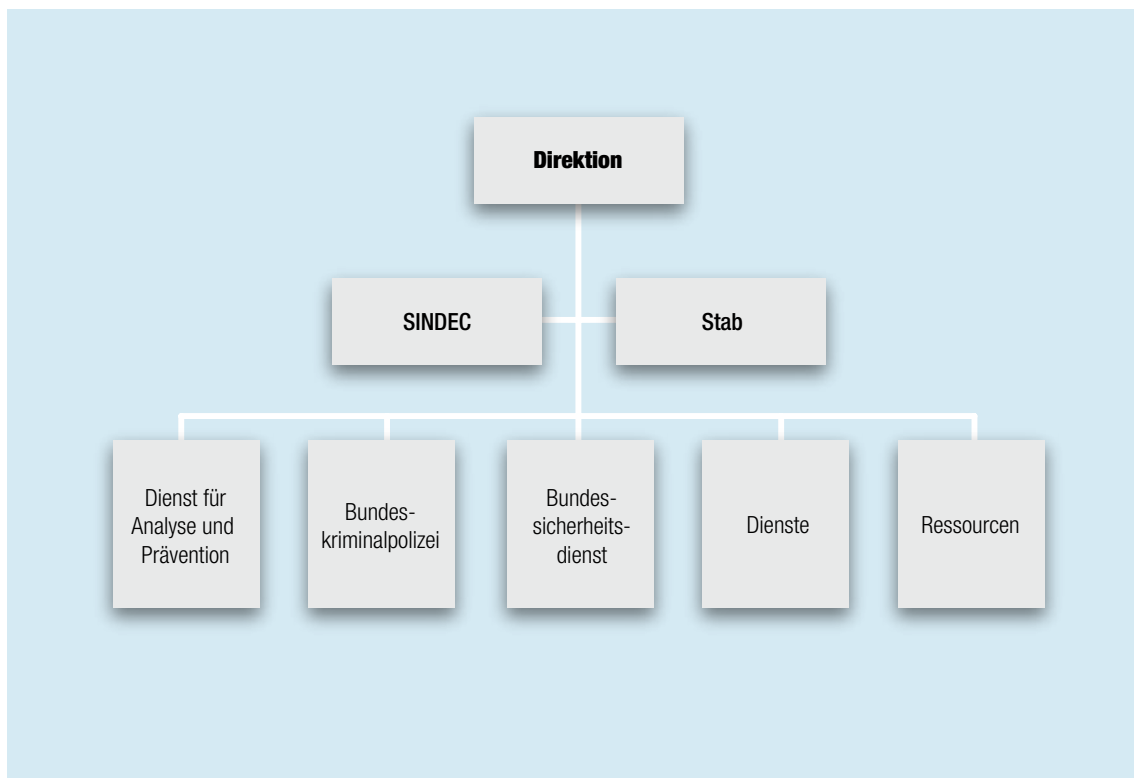
Nicht enthalten ist der «Bericht Innere Sicherheit der Schweiz» (BISS), der weiterhin als eigenständige Publikation produziert wird.

Sämtliche Berichte sowie die früheren Jahresberichte der Bundeskriminalpolizei können unter www.fedpol.ch heruntergeladen werden.

Adressaten des REBERI sind die politischen Auftraggeber und Kontrollorgane, Polizeikreise, in- und ausländische Partnerbehörden sowie die Medien und die Öffentlichkeit.

Der Bericht besteht aus drei Teilen:

- Die Fact Sheets im Umschlag geben einen Überblick über die Aufträge der verschiedenen Bereiche des Bundesamtes für Polizei.
- Der eigentliche Berichtsteil ist nicht nach der organisatorischen Struktur des Amtes, sondern nach Aufgabenbereichen geordnet. Die Struktur richtet sich nach dem vom Bundesrat genehmigten Vorbericht zum geplanten Polizeigesetz des Bundes.
- Die statistischen Angaben finden sich schliesslich – soweit sie nicht zum Verständnis des jeweiligen Textes aufgeführt sind – auf der CD, die auf der letzten Seite angebracht ist.



Die gerichtspolizeilichen Aufgaben von fedpol werden durch die Bundeskriminalpolizei (BKP) wahrgenommen.

Einleitende Bemerkungen

- Die Datenerfassungskriterien der Bundeskriminalpolizei wurden im Verlauf des Jahres 2007 angepasst und verändert. Dies hat zur Folge, dass im aktuellen Bericht einzelne, aus den Vorjahren bekannte, grafische Darstellungen und Erklärungen nicht mehr enthalten sind. Wo ein direkter Vergleich möglich und sinnvoll war, wurde die über die letzten Jahre entwickelte Abbildungsform beibehalten.
- Bei den grafischen Darstellungen im Statistikteil (Kreisdiagramme) sind jeweils in Klammern die Abweichungen zum errechneten Mittelwert der beiden Vorjahre 2005 und 2006 aufgeführt. Dieser Vergleich hat den Vorteil, dass dadurch extreme Abweichungen und Schwankungen in den beiden Vorjahren ausnivelliert werden, so dass Aussagen zu Trends oder Tendenzen realitätsnaher und weniger verzerrt sind.
- Aufgrund der registrierten Veränderungen kann es vorkommen, dass zum Beispiel bei der Erfassung der Nationalitäten ein Vergleich zum Vorjahr nur beschränkt ausfällt, weil bisher erfasste Länder wegfallen oder Länder neu aufgenommen worden sind. Dies drückt sich dadurch aus, dass in Klammer kein Wert im Sinne eines Vergleichs zum Vorjahr erscheint.
- Die zahlenmässig resp. prozentual dargestellten Werte genügen nicht, um daraus wissenschaftlich einwandfreie Schlüsse ziehen zu können.

Operative Geschäfte

Als operative Geschäfte sind sämtliche von der BKP bearbeiteten Ermittlungsverfahren, polizeiliche Vorermittlungen und Koordinationsverfahren, von der Bundesanwaltschaft angeordnete Vorabklärungen sowie die unter der Leitung des eidgenössischen Untersuchungsrichteramtes geführten Voruntersuchungen zu verstehen.

Ermittlungsverfahren

Unter einem Ermittlungsverfahren versteht man polizeiliche Ermittlungshandlungen der BKP, die unter der Leitung der Bundesanwaltschaft in einem eröffneten Strafverfahren durchgeführt werden.

Ermittlungsunterstützung

Der Begriff Ermittlungsunterstützung umfasst die Observation, den Einsatz von technischen Überwachungsmitteln, den kriminaltechnischen Dienst, IT-Ermittlungen, die operative Kriminalanalyse, die Führung von Vertrauenspersonen und den Einsatz von Verdeckten Ermittlern.

Koordinationsverfahren

Koordinationsverfahren sind zentral gesteuerte und zeitlich aufeinander abgestimmte Unterstützungshandlungen zugunsten interkantonalen oder internationalen Ermittlungen.

Koordinationsgeschäfte

Koordinationsgeschäfte bezeichnen den kriminalpolizeilichen Informationsaustausch im Rahmen von interkantonalen und internationalen Strafverfahren und Polizeioperationen.

Triagegeschäfte

Unter den Begriff Triagegeschäfte fällt die Priorisierung und fachliche Zuweisung sämtlicher, bei der Einsatzzentrale fedpol eingegangener Meldungen.

Allgemeine Definitionen

Ermittlungen Staatsschutz / Besondere Tatbestände

Die Abteilung Ermittlungen Staatsschutz/Besondere Tatbestände der Bundeskriminalpolizei befasst sich mit Delikten gegen den Staat und die Landesverteidigung. Bearbeitet werden unter anderem Sprengstoffdelikte, Widerhandlungen gegen die Kriegsmaterial-, Atom- und die Güterkontrollgesetzgebung. Zuständig ist diese Ermittlungsabteilung zudem bei Verdacht auf Amtsdelikte, Bestechungshandlungen zum Nachteil des Bundes oder durch Bundesbedienstete sowie im Bereich Humanitätsverbrechen. Sie führt weiter Ermittlungen im Rahmen von internationalen Rechtshilfeverfahren, die der Bundesanwaltschaft (BA) zum Vollzug überwiesen worden sind oder vom Bundesamt für Justiz (BJ) geleitet werden.

2007 wurden in dieser Abteilung 104 Geschäfte abgeschlossen. Darunter fallen umfangreiche Ermittlungsverfahren, das Überprüfen von Erstinformationen und kleinere Abklärungen. Im Berichtsjahr kam es zu neun Verurteilungen, davon sieben Fälle vor dem Bundesstrafgericht in Bellinzona und zwei vor einem kantonalen Gericht. Diese Verfahren betrafen die Deliktsbereiche «Bestechung», «wirtschaftlicher Nachrichtendienst», «Falschgeld» und «Amtsmissbrauch».

Im Rahmen der diversen, unter dem Titel «Oil-for-food» geführten Verfahren, wurden 2007 insgesamt 17 Millionen Franken sichergestellt. Ermittelt wurde gegen 36 im Volcker-Bericht vom 27. Oktober 2005 erwähnte Firmen mit Sitz in der Schweiz. Gemäss Bericht der unabhängigen UNO-Untersuchungskommission wurde diesen Firmen vorgeworfen, in Zusammenhang mit Ölkäufen illegale Zahlungen geleistet oder humanitäre Güter zu überhöhten Preisen an den Irak geliefert zu haben. Ein beträchtlicher Teil des Verfahrenskomplexes «Oil-for-Food» wurde eingestellt, zum Teil unter Kostenfolge und Einziehung von Vermögenswerten.

Eine besondere Herausforderung an die Ermittler war die steigende Zahl von Hackerangriffen, unter anderem gegen Rechner der Bundesverwaltung und von schweizerischen Unternehmen.

Ein Fall machte im Frühjahr 2007 Schlagzeilen: innerhalb weniger Tage tauchten mehrere gefälschte Schreiben mit vermeintlichem Absender des Bundesamtes für Sozialversicherungen auf. Die Täterschaft versuchte offenbar in betrügerischer Absicht, Geld zu erschleichen. Der Täter konnte innert Kürze identifiziert werden und war geständig.

Ermittlungen Terrorismus

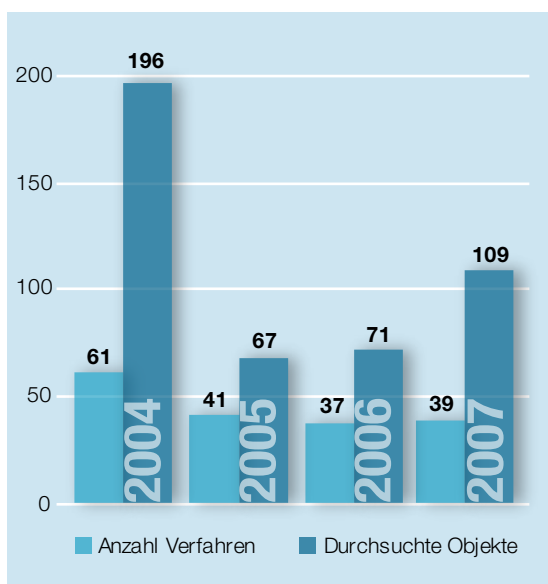
Im Zuge der Umsetzung des Projekts «EffVor2» hat die BKP beschlossen, die Abteilung Ermittlungen Terrorismus um ein weiteres Kommissariat zu verstärken. Seit Herbst 2007 sind nun drei Kommissariate mit der Bekämpfung von Terrorismus und dessen Finanzierung befasst. Die Kompetenzen wurden nach thematischen Gesichtspunkten verteilt: Das **Kommissariat I Terrorismus** ist vorrangig mit den Aufgaben eines Kompetenzzentrums für Terrorismus und mit Ermittlungen in Sachen islamistischer Terrorismus betraut. Das **Kommissariat II Terrorismus** ermittelt in erster Linie in Fällen von ethno-nationalistischem Terrorismus, während das **Kommissariat III Terrorismus** mit Ermittlungen beschäftigt ist, die einen internationalen soziopolitischen Hintergrund aufweisen. Mit den thematischen Schwerpunkten können sich die Kommissariate zunehmend spezialisieren.

Im Berichtsjahr wurden mehrere umfangreiche Ermittlungen abgeschlossen. Zwei Fälle endeten mit Schuldsprüchen der Strafkammer des Bundesstrafgerichts. In einem dieser Fälle erkannte das Gericht die beiden Angeklagten der Unterstützung einer kriminellen, terroristischen Organisation des Al-Qaida-Terrornetzes für schuldig. (Anmerkungen: der Entscheid wurde inzwischen am 2. Mai 2008 vom Bundesgericht in allen Punkten bestätigt).

In mehreren grossen Fällen, in denen 2007 die Untersuchungen aufgenommen worden sind, dauern die Ermittlungen noch an. Allein für die Untersuchungen zweier Fälle waren bis Ende 2007 zwei Drittel der Mitarbeitenden der Abteilung im Einsatz. Die Personen, gegen die ermittelt wird, gehören weit verzweigten, internationalen Netzwerken an. Dies bedingt aufwändige polizeiliche und justizielle Massnahmen und die enge Zusammenarbeit mit Behörden zahlreicher, grösstenteils europäischer Länder.

Ermittlungen Forensik / Informatik

IT-Ermittlungen Das Kommissariat Ermittlungen IT befasst sich mit der Sicherung, Aufbereitung und Auswertung elektronischer Daten in den Verfahren. Grundlage für den Einsatz von IT-Ermittlern bilden somit elektronische Datenträger aller Art sowie aufgezeichneter Datenverkehr aus lokalen Netzwerken und dem Internet, welcher mittels spezieller Techniken analog zu einer Telefonüberwachung mitverfolgt wurde.



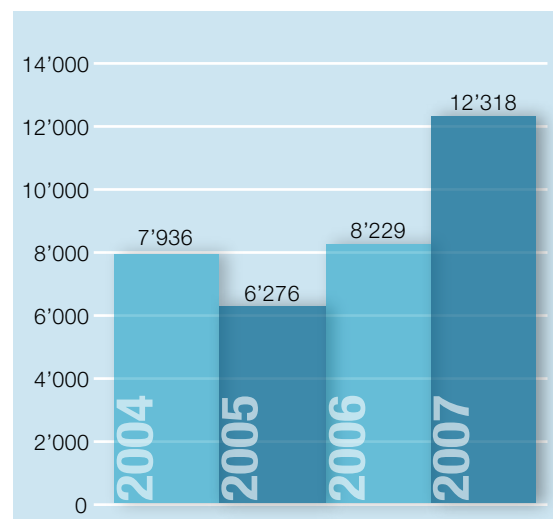
Anzahl Operationen mit durchgeführten Hausdurchsuchungen

2007 wurden anlässlich von 39 neuen Verfahren insgesamt 109 Objekte durchsucht und parallel dazu in 41 bestehenden Verfahren zum Teil umfangreiche IT-Ermittlungen durchgeführt. Insgesamt konnten Daten im Umfang von 12,3 Terabyte sichergestellt und gespeichert werden. Gegenüber dem Vorjahr (8,3 Terabyte) entspricht dies einem Zuwachs von nahezu 50 Prozent. Der markante Anstieg lässt sich dadurch erklären, dass einerseits mehr Geräte pro Verfahren sichergestellt wurden und andererseits die Speicherkapazität neuerer Datenträgergeneration stetig wächst.

Die Anzahl der sichergestellten Datenträger verlief 2007 leicht rückgängig. Die Zahl der Server stieg auf einen vorläufig neuen Höchstwert, was mit der fortschreitenden Digitalisierung zu erklären ist.

Eine besondere Herausforderung stellte die im Zusammenhang mit einem Terrorprozess erstmalig durchgeführte elektronische Live-Präsentation von Ermittlungs- und Beweisergebnissen vor den Schranken des Bundesstrafgerichts in Bellinzona

dar. Der Aufwand und die Vorbereitungsarbeiten hierzu waren immens, wobei sie sich letzten Endes auszahlten. Der Entscheid für diese Vorgehensweise lag insofern nahe, als sich die inkriminierten und vorgeworfenen Handlungen in Internetforen abspielten und dadurch anschaulich vorgeführt oder auf Verlangen für alle Anwesenden gleichermassen sichtbar eingespielt werden konnten.



Sichergestellte Datenmenge in Terabyte

Nebst dem kontinuierlich wachsenden Datenvolumen kristallisierten sich insbesondere folgende drei Trends heraus, welche die Ermittlungsarbeiten noch aufwändiger, zeitraubender und teurer gestalteten:

Verschlüsselung von Datenträgern, Datencontainern (verschlüsseltes Dateiarchiv), einzelnen Dateien oder E-Mails. Um die Passwörter ausfindig zu machen, respektive die Verschlüsselung knacken zu können, werden mehr Zeit sowie besondere Hard- und Software beansprucht.

Internet: Die kostengünstige und leicht zu verschlüsselnde digitalisierte Sprache übers Internet («Voice over IP»/VoIP) verdrängt zunehmend die konventionellen Kommunikationsmittel der Festnetz- und Mobil-Telefonie. Delikte im, respektive mit dem Internet nahmen zu: Dazu gehörten das Verteilen von Malware mit dem Zweck, Computer und Kommunikation auszuspionieren, Daten zu mutieren oder zu löschen sowie den Betrieb ganzer IT-Infrastrukturen zu stören oder gänzlich lahm zu legen.

Mobilität: Die hohe Dichte von Funknetzwerken («Wireless Local Area Network» WLAN) ergibt eine

praktisch lückenlose Abdeckung der Stadtgebiete und Agglomerationen. Die neueste Mobilfunktechnologie ermöglicht zudem einen raschen, unterbrechungsfreien und weitgehend anonymen Zugang ins Internet.

Operative Kriminalanalyse (OpKA)

Die Hauptaufgabe des operativen Kriminalanalytikers besteht darin, in systematischer, allenfalls visueller Art und Weise Hypothesen zu vorhandenen Ermittlungserkenntnissen auszuarbeiten und daraus Empfehlungen abzugeben. Es handelt sich um eine Zweitbeurteilung sowie um eine ergänzende Betrachtungsweise zur Ermittlersicht.

Im Berichtsjahr 2007 kam das Kommissariat OpKA in 75 Verfahren zum Einsatz. Nach Delikten betrachtet, standen mit 43 Prozent die Verfahren gegen die Organisierte Kriminalität an erster Stelle, gefolgt von Verfahren gegen Geldwäscherei mit 23 Prozent und Verstössen gegen das Kriegsmaterialgesetz (zwölf Prozent). Die restlichen 22 Prozent betrafen Verfahren auf den Gebieten der Korruption, der Wirt-

schaftskriminalität, des Staatsschutzes sowie des Falschgeldes.

Der Fachbereich Forensik und Kriminaltechnik bearbeitet kriminaltechnische, respektive forensische Fragestellungen, welche sich im Rahmen von bundeseigenen Ermittlungsverfahren ergeben. Zu den Hauptaufgaben zählen die Ausarbeitung, Vergabe und Koordination von Gutachtensaufträgen an externe Leistungserbringer sowie die beweis- und gerichtsverwertbare Darstellung der Resultate. Im Weiteren kommen Beratungen und Unterstützungen zugunsten der Untersuchungs- oder Ermittlungsbehörden dazu.

Forensik

2007 waren bei 62 gerichtspolizeilichen Ermittlungsverfahren die Dienste der Forensik-Mitarbeitenden gefragt, davon waren 24 neue und 38 bestehende Verfahren. Insgesamt wurden gegen 100 Aufträge an externe Fachstellen vergeben, wie zum Beispiel an kantonale Kriminaltechnische Dienste, rechtsmedizinische oder universitäre Institute.

Observationen

Zu den Besonderheiten des Tätigkeitsfeldes der bundeseigenen Observation gehört, dass sich die Einsätze auf das ganze schweizerische Territorium und das angrenzende Ausland erstrecken. 2007 befanden sich die Einsatzgebiete schwergewichtig in den Kantonen Bern, Aargau, Zürich und Basel. Ausschlaggebend waren hierzu drei Langzeitverfahren mit Bezug zum Terrorismus. Für 40 operative Geschäfte wurden 400 Einsätze gefahren.

Verfahren – Einsätze

	2003	2004	2005	2006	2007
Anzahl operative Geschäfte	36	47	34	40	40
Total Einsätze	179	354	347	336	400

Die Anzahl Observationsersuchen von ausländischen Behörden blieb 2007 stabil. Weil die Mittel prioritär für bundeseigene Ermittlungsverfahren verwendet wurden, reduzierten sich die effektiv geleisteten Observationseinsätze zu Gunsten des Auslandes von 20 (2006) auf drei Prozent. Zur Kom-

pensation stellte die BKP stattdessen eine Kontaktperson für ausländische Observationseinheiten zur Verfügung, welche diese begleitete, über Orts-, Sprach- und Personenkenntnisse verfügte, und insbesondere den Informationsaustausch mit den lokalen Behörden sicherstellte.

Auftraggeber für die Abteilung Observation

	2006	2007
BKP	67 %	95 %
Amtshilfe Inland	13 %	2 %
Amtshilfe Ausland	20 %	3 %

Im Sinne eines Pilotprojekts betrieb die Abteilung Observation eine spezifisch technisch ausgerichtete Observationsgruppe. Die Erfahrungswerte zeigten auf, dass durch gezielten Einsatz von Technik (beispielsweise die Installation von Überwachungskameras) permanent vor Ort befindliche Personalressourcen eingespart werden konnten,

Observationsgruppe mit technischer Ausrichtung

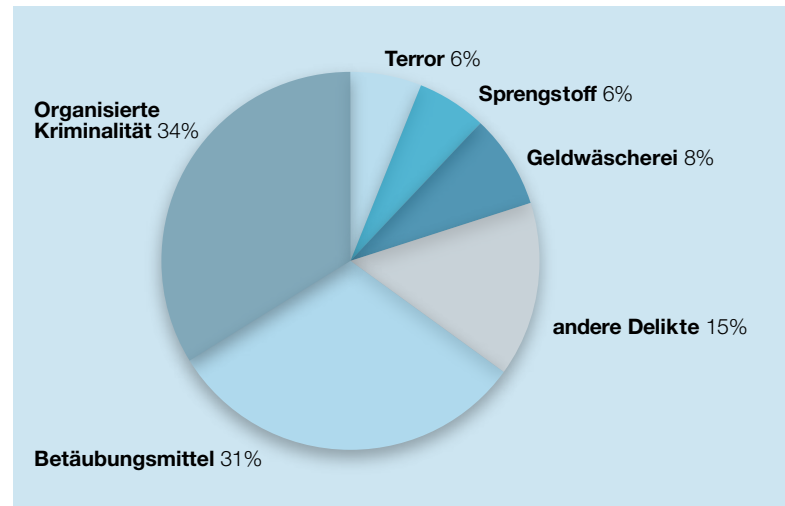
ohne einen wesentlichen Informationsverlust in Kauf nehmen zu müssen. Darüber hinaus können technische Einrichtungen kurzfristig und mobil dort eingesetzt werden, wo lokale oder räumliche Verhältnisse den Einsatz von Observanten erschweren und das Risiko des Entdecktwerdens zu gross wäre. Es kann alles in allem ein positives Fazit gezogen werden, so dass die Einsatzdoktrin in diese Richtung weitergeführt wird.

Mobile Anlagen Die Anzahl operativer Massnahmen im Zuständigkeitsbereich des Kommissariates Mobile Anlagen stieg 2007 um acht Prozent an. Schwerpunktässig betrafen sie den verdeckten Einsatz von technischen Überwachungsgeräten sowie die Aufarbeitung von Audio- und Videodaten. Im Gegensatz zu den Observationen, welche im öffentlichen Raum erfolgen, ist beim Kommissariat Mobile Anlagen vorwiegend der private Bereich tangiert. Aufgrund der Schwere des Eingriffs sowie aus rechtsstaatlichen und strafprozessualen Erfordernissen wird dazu eine justizielle Genehmigung benötigt.

Insgesamt gingen von kantonalen oder städtischen Polizeieinheiten 84 Ersuchen an das Kommissariat Mobile Anlagen ein, wovon die Hälfte auf die

Kantonspolizeien Genf, Bern und Waadt sowie die Stadtpolizei Zürich entfiel. Die Spannweite reichte von einem bis maximal 16 Ersuchen pro anfragende Stelle. Von den insgesamt 84 Aufträgen betrafen allein 31 Prozent den Betäubungsmittelhandel.

Unter «andere Delikte» fallen beispielsweise Straftaten gegen Leib und Leben, Einbruchdiebstahl, Betrug und Zielfahndungsmassnahmen.



Einsätze nach Deliktsbereichen

Menschenhandel / Menschenschmuggel

Im Jahr 2007 wurden insgesamt 1'439 Eingangsmeldungen in Zusammenhang mit Menschenhandel und Menschenschmuggel bearbeitet, was eine Zunahme von 17 Prozent im Vergleich zum Vorjahr bedeutet (1'224 Meldungen).

Die Bearbeitung von **Verfahren gegen Menschenhandel** wurde komplexer und zeitaufwändiger, was sich auf die Anzahl der behandelten Eingänge (602) und der unterstützten Koordinationsfälle (8) auswirkte.

Bei gesamtschweizerisch koordinierten Polizeikontrollen im Rotlichtmilieu trafen die Ermittler vorwiegend auf junge rumänische Opfer. Die grösste Polizeiaktion wurde Ende Februar 2007 von den Kantonen Bern und Schwyz geführt: Insgesamt wurden 16 Personen festgenommen und 24 Frauen

zwecks näheren Abklärungen befragt. Bei der Razzia standen über 200 Polizistinnen und Polizisten im Einsatz. Damit die erforderliche Zusammenarbeit mit den rumänischen Polizeidienststellen reibungslos funktionierte, wurden schweizerische Polizisten nach Rumänien entsendet und umgekehrt Vertreter der rumänischen Strafverfolgungsbehörden in der Schweiz empfangen, mit dem Ziel, parallele Strafverfahren (sogenannte Spiegelverfahren) zu eröffnen. Dies, um die Strafverfolgung effizienter zu gestalten und der mutmasslichen Straftäter rascher habhaft zu werden.

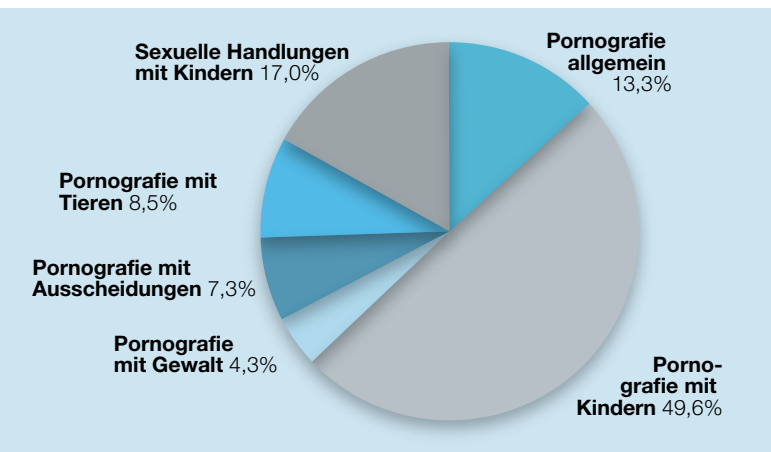
Auch auf dem Gebiet des **Menschenschmuggels** nahmen die Aufgaben mit 837 Geschäftsvorgängen und fünf Koordinationsfällen stark zu (Vorjahr 577 Geschäfte). Mit 20 Prozent betraf ein Grossteil der eingegangenen Meldungen die illegale

Einreise von irakischen Staatsangehörigen nach Europa. Die Schweiz gilt zwar nicht als klassisches Zielland, dient aber oft als Transitland. Es bestehen

zudem Hinweise, dass einige aktive Mitglieder solcher Schleuserorganisationen in der Schweiz ihren Wohnsitz haben.

Pädophilie / Pornografie

Das Kommissariat Pädophilie/Pornografie verarbeitete 2007 insgesamt 1'345 Meldungen, verteilt auf die Delikte gemäss folgender Grafik.



Eingangsmeldungen 2007

Hervorzuheben ist der enorm grosse Anteil an Kinderpornografie. Das Internet bietet immer wieder neue und schwer rekonstruierbare Möglichkeiten,

Kinder- und weitere verbotene Pornografie herzustellen und zu verbreiten.

Das Kommissariat Pädophilie/Pornografie bereitete 2007 in enger Zusammenarbeit mit ausländischen Strafverfolgungsbehörden fünf aufwändige Operationen mit total 146 in der Schweiz wohnhaften Tatverdächtigen vor. Speziell erwähnenswert ist die Operation «KOALA», die in der Öffentlichkeit auf grosses Echo stiess. Der Haupttäter, der in Italien verhaftet werden konnte, produzierte vorwiegend in der Ukraine kinderpornografische Videos. 21 Opfer, allesamt Mädchen im Alter zwischen 9 und 16 Jahren, stammen von dort.

Weltweit haben im Berichtsjahr rund 2'500 Tatverdächtige aus 30 Ländern mittels Kreditkarte und direkten Zahlungen Zugriffsrechte auf kinderpornografische Videodateien erstanden. Mit der Operation «KOALA» konnten die zuständigen Polizeistellen in der Schweiz bei 19 Betroffenen zum Teil umfangreiches Bildmaterial mit kinderpornografischem Inhalt sicherstellen.

Falschgeld

Zu den Aufgaben des Kommissariats Falschgeld gehören die Überprüfung und Registrierung falscher und verfälschter Noten sowie Münzen. Die Fachstelle unterstützt und berät Ermittler des Bundes und der Kantone bei Falschgeldverfahren und koordiniert zwischen den Kantonen sowie ausländischen Interpolstellen. Ein wichtiger Teil der Falschgeldbekämpfung umfasst die aktive Präventionsarbeit, sei dies durch Warnungsmeldungen über Medien, im Rahmen von Schulungen (bei Banken, Detailhandel) oder mit telefonischer Beantwortung von fachspezifischen Fragen.

Im Jahr 2007 gingen 4'645 Falschgeldmeldungen ein. Zusätzlich wurden 66 Fälle von im Ausland sichergestellten Falsifikaten (Interpol-/Europolmeldungen) bearbeitet.

Das Kommissariat überprüfte 11'696 Münzen und Banknoten von 26 verschiedenen Währungen auf deren Echtheit. Davon konnten 3'480 als echte Zahlungsmittel und 8'216 als Fälschungen identifiziert werden.

Im Durchschnitt war in den letzten fünf Jahren Falschgeld in der Höhe von rund CHF 300'000 im Umlauf. Vergleicht man diese Zahl mit dem durchschnittlichen Notenumlaufvolumen von rund 40 Milliarden Schweizer Franken, kann gefolgert werden, dass das Falschgeld zu keinen gravierenden Störungen der Schweizer Wirtschaft geführt hat.

Zuhanden der Bundesanwaltschaft wurden 319 Berichte zwecks Abtretung von Verfahren an die Kantone verfasst. In 3'624 Fällen wurden Anträge auf Einstellung des Verfahrens gestellt (3'372 mal gegen unbekannte Täterschaft und 252 mal gegen Tatverdächtige).

2007 wurden mit 3'389 Euro-Noten mengen- und wertmässig mehr **Euro-Fälschungen** sichergestellt als im Vorjahr (2006: 2'094).

Mit einem Anteil von 40 Prozent war die 100 Euro-Note die am häufigsten sichergestellte Stückelung, gefolgt von der 50 Euro-Note (30 Prozent) sowie der 200 Euro-Note (16 Prozent). Über 70 Prozent aller sichergestellten Falsifikate wurden mittels sechs gleicher Fälschungsarten hergestellt – zum Beispiel durch Nachzeichnen des Silberfadens oder der Verwendung eines bestimmten Laserdruckertyps. Dies lässt die Vermutung zu, dass die «Blüten» von nur wenigen Fälschern respektive Produktionsstätten stammen dürften.

Mit der Zunahme der Euro-Fälschungen geht ein mengenmässiger Rückgang bei den **US Dollar-Falsifikaten** einher. Konkret konnten im Berichtsjahr 1'579 Falsifikate sichergestellt werden, im Jahr 2006 waren es noch 2'482.

Statistik

Eingegangene Anzeigen	4'645
Eingegangene Interpol-/Europomeldungen mit Bezug zu in der Schweiz sichergestellten Falsifikaten	66
Überprüfte Währungen	26
Sichergestellte Banknoten/Münzen	11'696
davon echte Banknoten/Münzen	3'480
Berichte an die BA für die Abtretung von Verfahren an die Kantone	319
Anträge an die BA betreffend Einstellung von Verfahren	
- gegen Tatverdächtige	252
- gegen Unbekannt (=eröffnet und eingestellt)	3'372

Die nachrichtendienstlichen Aufgaben von fedpol werden durch den Dienst für Analyse und Prävention (DAP) wahrgenommen.

Terrorismus

Die Tätigkeiten des Fachbereichs Terrorismus waren 2007, wie in den Jahren zuvor, überwiegend nachrichtendienstlicher Natur, weshalb die konkreten Aktivitäten und Inhalte grösstenteils klassifiziert sind und nicht detailliert dargelegt werden können.

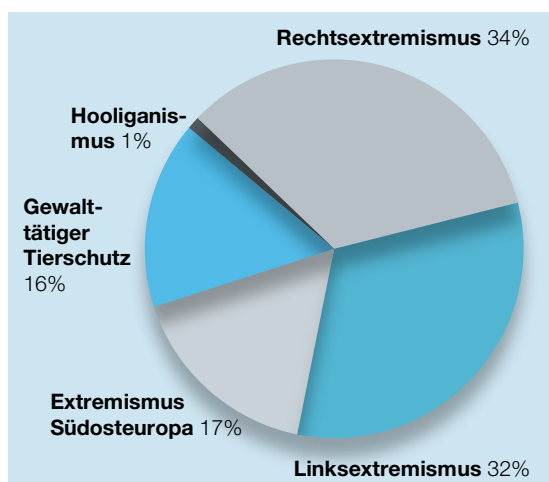
Im Kampf gegen den internationalen Terrorismus wurden im Berichtsjahr insgesamt mehr als 2'500 Vorgänge unterschiedlichen Ausmasses behandelt. Dazu kommt ein Vielfaches an zusätzlich verarbeiteten Informationen. Der kohärente und zielgerichtete Austausch solcher Informationen, die von strategischem und operativem Wert sind, ist eine der Hauptaufgaben der Fachbereichsverantwortlichen. Auf nationaler und internationaler Ebene fanden zum operativen Informationsaustausch zahlreiche Konferenzen, Fachgespräche und sonstige Treffen mit in- und ausländischen Partnerdiensten statt.

Der Fachbereich leistete auch landesintern wichtige Koordinationsarbeit. Der Umfang an amts- und departementsübergreifenden Geschäften nahm im Berichtsjahr markant zu. Ausserdem leistete der Bereich mit öffentlichen Referaten und Tagungen einen Beitrag zur präventiven Sensibilisierung der Bevölkerung.

Von den Themen her standen insbesondere extremistische Aktivitäten im Zusammenhang mit dem islamistischen Terrorismus (Dschihadismus) im Blickpunkt. Ein verstärktes Augenmerk wurde im Berichtsjahr auf dschihadistische Internetpropaganda gerichtet. Im Sommer 2007 nahm der DAP ein Monitoring ausgewählter Internetseiten auf. Einen zweiten Schwerpunkt stellte die Beobachtung von Bezügen zum ethno-nationalistischen Terrorismus dar.

Extremismus

Die vom DAP im Fachbereich Extremismus intern erteilten Aufträge können nach Schwerpunkten wie folgt eingeteilt werden:



Rechts- und Linksextremismus bildeten wie jedes Jahr mit 34 respektive 32 Prozent der Gesamtaufträge die Arbeitsschwerpunkte im Bereich Extremismus. Die Anzahl Aufträge blieb auf hohem Niveau stabil. Besonders personalintensiv sind jeweils Einsätze vor, während und nach wiederkehrenden Anlässen wie dem World Economic Forum oder an Tagen wie dem 1. Mai und dem 1. August.

Ausserordentlichen Aufwand verursachten 2007 der G-8 Gipfel in Heiligendamm (Deutschland) sowie Demonstrationen von gewalttätigen Linksextremisten vor den eidgenössischen Wahlen. Im rechts-extremen Spektrum konzentrierte sich der DAP in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen auf präventiv-polizeiliche Massnahmen gegen Skinhead-Aktivitäten (Einreiseverbote gegen ausländische Musikgruppen, Aufklärung und Kontrollen von Veranstaltungen).

Einen neuen Schwerpunkt setzte die sich 2007 abzeichnende und 2008 erfolgte Unabhängigkeitserklärung des Kosovos von Serbien. In deren Vorfeld mussten das Mobilisierungspotenzial und die Gewaltbereitschaft der verschiedenen involvierten Gruppen hierzulande geprüft und die Situation anhaltend intensiv beobachtet werden. 17 Prozent aller Aufträge wurden in diesem Gebiet erteilt.

Das Thema «Gewalttätiger Tierschutz» beschäftigte den DAP mit 16 Prozent der erteilten Aufträge ebenfalls intensiv. 2007 wurden mehrere Schweizer Gruppen militanter Tierschützer neu gegründet, die dann auch rege Aktionen wie Sachbeschädigungen, Drohungen, Demonstrationen, Protest- und Standaktionen durchführten.

Verbotener Nachrichtendienst

Der verbotene Nachrichtendienst hat weltweit das Ausmass der Zeit des sogenannten Kalten Krieges erreicht.

Der DAP erteilte im Berichtsjahr zahlreiche Aufträge zur Informationsgewinnung. Die Informationen stammen zum grossen Teil aus öffentlich zugänglichen Quellen, aber auch von ausländischen Partnerdiensten. Im Berichtsjahr wurden gegen acht

ausländische Personen Einreiseverbote verfügt, die in der Vergangenheit nachrichtendienstlich tätig gewesen waren. Zudem wurde beim EDA in drei Fällen die Verweigerung der Akkreditierung beantragt. Fremde Nachrichtendienste versuchen, in der Schweiz systematisch an potenzielle Informanten zu gelangen. Deshalb führt der DAP Sensibilisierungsgespräche mit Personen und Institutionen durch, welche im Fokus sein könnten.

Proliferation

Der DAP nimmt bei der Bekämpfung der Proliferation unterschiedliche Aufgaben wahr. So klärt er Fragen der Rechtsanwendung im Bereich Güterausfuhr. Mit dem eigens geschaffenen Programm «Prophylax» sensibilisiert der Dienst Betroffene für die Problematik der Proliferation und der Wirtschaftsspionage. Das Programm ist auf Unternehmen und akademische Institutionen in der Schweiz ausgerichtet. In der Regel sind es Mitarbeitende spezialisierter, kantonaler Dienststellen, die seit Herbst 2004 rund 620 Unternehmen und Institutionen besucht haben; allein im Jahr 2007 fanden rund 180

Besuche statt. Jedes Jahr bietet der DAP für die Mitarbeiter der Kantone je eine eintägige Prophylax-Ausbildung auf Deutsch und Französisch. Im Rahmen des Programms Prophylax werden auch an der École des Hautes Etudes Commerciales de l'Université de Genève (HEC) zweimal im Jahr Informationsvorträge zum Thema Proliferation und Wirtschaftsspionage gehalten.

Im Berichtsjahr wurden im Fachbereich Nonproliferation insgesamt 278 Aufträge generiert und den Fachleuten beim DAP zur Bearbeitung übergeben.

Plattformen

2005 beschloss der Bundesrat, zwischen dem DAP und dem Strategischen Nachrichtendienst SND drei Analyse-, respektive Auswertungsplattformen einzurichten. Diese nahmen am 1. Januar 2006 ihre Arbeit auf; sie bearbeiten die Themenbereiche Terrorismus, Organisierte Kriminalität und Proliferation. Dabei erstellen sie gemeinsame und separate, für ihre Kunden bestimmte Analyseprodukte. Die Plattformmitglieder verfügen im Rahmen der Sicherheitsbestimmungen und des Quellenschutzes über alles Wissen, das in beiden Diensten zum jeweiligen Themenbereich vorhanden ist, was auch die Resultate der sensitiven Beschaffungen einschliesst, soweit diese zur Auftragserfüllung notwendig sind. Die Plattformen verbesserten die Zusammenarbeit, führten zu einer Institutionalisierung der Absprachen, helfen Doppelspurigkeiten vermeiden und bewähren sich grundsätzlich. Zwei Plattformen wurden vom DAP geführt.

Plattform Organisierte Kriminalität

Die Plattform behandelte im Berichtsjahr Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität aus den Räumen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und des Balkan (Südosteuropa). Im Zentrum der Tätigkeit stand die Analyse einer in der Schweiz niedergelassenen Firmenstruktur mit möglichen Verbindungen zur Organisierten Kriminalität. Aus dem Projekt resultierte ein umfassender Bericht. Zudem wurden über die Plattform Daten abgeglichen (neun Anfragen; 59 Namen/

Telefonnummern), ein Bericht zuhanden des Sicherheitsausschusses des Bundesrates (SiA) verfasst und Analysen (zwei Produkte des DAP) ausgetauscht. Die Plattform diente auch allgemein dem Austausch von Erkenntnissen und Erfahrungen unter den Fachspezialisten der beteiligten Dienste.

Die Plattform Terrorismus befasste sich mit Erscheinungsformen des islamistischen Gewaltextremismus.

Plattform Terrorismus

Sie arbeitete von der Konzeption bis zur Endredaktion mit dem SND zusammen an Analyseprojekten, wie beispielsweise zum Thema der dschihadistischen Internetpropaganda.

Die Plattform erstellte jeden Monat Beiträge zur ordentlichen Lagedarstellung für die Lenkungsgruppe Sicherheit (LgSi) und den SiA.

Gemeinsame Beiträge zu verschiedenen aktuellen Problemen des islamistischen Extremismus bildeten eine weitere wichtige Tätigkeit. Darüber hinaus wurden Anfragen gemeinsamer Partnerdienste fallweise abgeglichen, koordiniert und gemeinsam bearbeitet. Daneben nahm die Plattform regelmässig Lageeinschätzungen zur allgemeinen Terrorismusbedrohung vor. Dies insbesondere, wenn aktuelle Ereignisse, wie etwa die Verhaftungen von Dschihadisten in Dänemark und Deutschland im Herbst 2007, eine Überprüfung der Gefährdungseinschätzung erforderten.

Operationen

Die Abteilung Operationen ist im DAP primär für die polizeiliche Informationsbeschaffung zuständig. Sie ist in drei regional ausgerichtete Kommissariate sowie einen technischen Unterstützungsbereich gegliedert. Für die Erfüllung der Aufklärungsaufträge stehen die Mitarbeitenden in engem Kontakt mit den kantonalen Polizeistellen, die mit dem Vollzug des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit BWIS beauftragt sind. Die beschafften Informationen werden für die operative Analyse verwendet und fliessen später in strategische Analyseberichte ein.

Im Zusammenhang mit den wachsenden Bedrohungen durch Terrorismus und dem neuen Arbeitsgebiet Hooliganismus wurde die Abteilung auf 22 Mitarbeitende ausgebaut. In den Kantonen arbeiteten rund 130 für Staatsschutzaufgaben spezialisierte Kräfte ganz oder teilweise mit. Dies entspricht 84 Vollzeitstellen, die den Kantonen vom Bund pauschal vergütet werden.

Themenschwerpunkte sind seit Jahren die Aktivitäten zum Erkennen und Aufklären von terroristischen Umtrieben. Hinzu kommen zahlreiche Kontakte zu ausländischen Partnerdiensten, sei es

im Rahmen eines allgemeinen Erfahrungsaustausches oder in der konkreten operativen Zusammenarbeit.

Im technischen Bereich wurde 2007 die Aufklärung des Kurzwellenführungsfunkes ausländischer Nachrichtendienste aus Spargründen eingestellt. Früher wurden monatlich rund 4'000 bis 5'000 auf Westeuropa ausgestrahlte Funksendungen aus-

ländischer Nachrichtendienste ausgewertet und daraus Aktivitätsbilder erstellt. Die Mitarbeitenden konzentrieren sich neu auf die anderen Aufgaben der operativen technischen Unterstützung (Kommunikation und Aufklärung), auf die Abwehr von fremden Lauschangriffen – auch zum Schutze von Magistraten – sowie auf die technische Begutachtung von Material.

Internationale Beziehungen (Verbindungsbüro)

Die Verordnung über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit sieht vor, dass der DAP die Verbindungen zu ausländischen Sicherheitsbehörden gewährleistet, die mit Aufgaben im Bereich der inneren Sicherheit betraut sind. Zudem vertritt der DAP die Schweiz in internationalen Gremien.

Im Laufe der vergangenen Jahre hat der DAP seine internationalen Beziehungen beträchtlich ausgedehnt. Das Hauptaugenmerk galt dabei der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit innerhalb Europas.

Mittlerweile unterhält der DAP mehr als 110 Kontakte zu ausländischen Polizei- und Sicherheitsdiensten wie auch zu Inlands- und Auslandsnachrichtendiensten. Jeder Kontakt, den der DAP mit einem Nachrichtendienst knüpft, bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Bundesrates. Seit Anfang 2004 hat die Zahl der Kontakte mit neuen Partnerstellen um 42 Prozent zugenommen.

Die Zusammenarbeit mit den Partnerstellen bringt es mit sich, dass ein grosses Volumen an Information ausgetauscht wird. Die Zahl der auf elektronischem

Weg übermittelten Meldungen nimmt laufend zu. Im Jahr 2007 gingen rund 7'000 Meldungen ein (Zunahme von 30 Prozent seit 2004). Die Zahl ausgehender Meldungen belief sich im Berichtsjahr auf etwa 9'000 (Zunahme von 42 Prozent).

Information wird aber auch bei Zusammenkünften von Arbeitsgruppen und operativen Treffen von Polizeikommissaren, Analytikern und Fachleuten aus allen Tätigkeitsbereichen ausgetauscht. Jährlich treffen Mitarbeitende des DAP in über 50 Veranstaltungen und Konferenzen in der Schweiz und im Ausland mit Amts- und Fachkollegen zusammen und tauschen sich mit ihnen aus.

Der DAP veranstaltete 2007 zwei bedeutsame multilaterale Expertentreffen, bei denen ein Vertreter des DAP auch den Vorsitz inne hatte. Das eine Treffen von Experten aus Inlandsnachrichtendiensten war dem Thema Proliferationsbekämpfung gewidmet, das andere der Bekämpfung des organisierten Verbrechens. Im zweiten Halbjahr 2007 präsidierte der Chef des DAP den Club de Berne, einen informellen Verbund aus Vertretern von 24 europäischen Inlandsnachrichtendiensten.

Die sicherheitspolizeilichen Aufgaben von fedpol werden durch den Bundessicherheitsdienst (BSD) wahrgenommen.

Sicherheit Personen

Ausländische Besucher Das Kommissariat Sicherheit Ausländische Besucher sorgt für die Sicherheit völkerrechtlich geschützter Personen während ihres Aufenthalts in der Schweiz bei Konferenzen, Staatsbesuchen, Arbeitsbesuchen und Privataufenthalten.

2007 betreute es 53 Konferenzen mit insgesamt 11'516 Teilnehmenden, davon 522 völkerrechtlich geschützte Personen. In diesem Zusammenhang stellte es 168 Waffentragbewilligungen für ausländische Sicherheitsbeauftragte aus.

Magistraten und ausländische Vertretungen Das Kommissariat Sicherheit Magistraten und ausländische Vertretungen ist verantwortlich für den Schutz der Bundesräte, der Bundeskanzlerin und weiterer Magistratspersonen, der eidgenössischen Parlamentarier in Ausübung ihres Amtes sowie von besonders gefährdeten Mitarbeitenden des Bundes. Es wacht auch über die Sicherheit aller akkreditierten ausländischen Vertretungen und deren völkerrechtlich geschützten Personen, des Personals von internationalen Organisationen, besonders

gefährdeter Strafverfolgungsbehörden (Staatsanwälte) bei ihrer Tätigkeit sowie von besonders gefährdeten Zeugen in Bundesstrafverfahren.

Insgesamt wurden 171 Drohungen erfasst, 56 mehr als im Vorjahr. Dies entspricht einer Steigerung von rund 49 Prozent. Die Zunahme betrifft praktisch alle Bereiche (Magistraten, Bedienstete des Bundes, Politiker), wobei die Drohungen gegen die Mitglieder des Bundesrats fast einen Drittel der dem BSD zur Kenntnis gebrachten Fälle ausmachte.

Das Kommissariat ist für die Rekrutierung, die Ausbildung und den Einsatz von Sicherheitsbeauftragten an Bord schweizerischer Luftfahrzeuge im internationalen gewerbsmässigen Luftverkehr verantwortlich. 2007 wurde das Streckennetz der schweizerischen Luftfahrtgesellschaften wiederum weiter ausgebaut. Dies hatte zur Folge, dass mehr Sicherheitspersonal mit stationären Sicherheitsaufgaben auf Flughäfen im Ausland eingesetzt werden mussten.

Sicherheitsbeauftragte Luftverkehr

Sicherheit Gebäude

Immobilien und Informationen Die Sektion Sicherheit Immobilien und Informationen gewährleistet die Sicherheit der Immobilien der zivilen Bundesverwaltung, einschliesslich der privaten Bundesratsdomizile, sowie der schweizerischen Vertretungen im Ausland (Botschaften und Konsulate). Zudem sorgt sie für die physische Informations- und Informatiksicherheit in der Bundesverwaltung. Im Berichtsjahr gingen insgesamt 54 Meldungen über Vandalenakte, Sachbeschädigungen und Diebstähle ein, was einer Zunahme von 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Es wurden 77 Sicherheitskonzepte für die Objektsicherheit erarbeitet, 47 für Gebäude im In- und 30 für Liegenschaften im Ausland.

Die Schutzorganisation führt den Bewachungs- und Logendienst der Gebäude der allgemeinen Bundesverwaltung durch, mit Ausnahme des Parlamentsgebäudes und des Einvernahmезentrums des Bundes. Zudem betreibt sie die Alarmzentrale der zivilen Bundesverwaltung. Die Mitar-

Gebäude der allgemeinen Bundesverwaltung

beitenden griffen bei insgesamt 3'126 Vorfällen ein (Sachbeschädigung, offen gelassene Fenster, nicht abgeschlossene Türen, nicht abgesenkte Rollläden usw.).

Parlamentsgebäude Die Sektion ist für die Zutrittskontrolle und die Sicherheit der im Parlamentsgebäude anwesenden Parlamentarier und Besucher zuständig. Ferner betreibt sie die Sicherheitsloge des Medienzentrums Bundeshaus. Insgesamt kontrollierten die Mitarbeitenden 2007 fast 11'000 Besucher/innen. 17 Personen wurde der Zutritt verweigert, eine Person wurde der Polizei übergeben. Darüber hinaus wurden 16 verbotene Gegenstände sichergestellt. Schliesslich konnte

eine Person bei einem Vandalenakt angehalten und bei der Polizei angezeigt werden.

Die Sektion führt das Einvernahmezentrum zugunsten der zivilen **Einvernahmezentrum** Strafverfolgungsbehörden des Bundes (Bundesanwaltschaft, Bundeskriminalpolizei und Eidg. Untersuchungsrichteramt). Im Berichtsjahr wurde die Sicherheit von insgesamt 514 Einvernahmen, Vorladungen und Vorführungen gewährleistet. 42 Prozent der Einvernahmen entfielen auf die Bundesanwaltschaft, 29 Prozent auf die Bundeskriminalpolizei, 15 Prozent auf das Eidg. Untersuchungsrichteramt und der Rest auf andere Auftraggeber.

Risiko- und Bedrohungsanalyse

Der Dienst für Information und Auswertung Schutz und Sicherheit legt mit seiner Informations- und Analysetätigkeit die Basis für alle Massnahmen und Entscheide des BSD. Er verfolgt sicherheitsrelevante Ereignisse, sammelt und beschafft Informationen und erstellt Lagebilder und Gefährdungsanalysen. Seit Frühjahr 2007 gehört dazu auch die Beurteilung der Gefährdungslage für den Einsatz von Sicherheitsbegleitern im Luftverkehr.

Er erstellte 2007 insgesamt 313 Gefährdungsbeurteilungen, davon 243 für völkerrechtlich geschützte Personen und 70 für Magistratspersonen und ausländische Vertretungen. Daneben verfasste er 61 Berichte und acht Lagebeurteilungen für Bundesobjekte im In- und Ausland.

4 Verwaltungspolizeiliche Aufgaben

Die verwaltungspolizeilichen Aufgaben von fedpol werden von verschiedenen Einheiten im Dienst für Analyse und Prävention (DAP), sowie in den Abteilungen Dienste und Stab wahrgenommen.

Sprengstoff und Pyrotechnik

Verfügungen der Zentralstelle

Bewilligungen sind ein bedeutendes sicherheitspolizeiliches Mittel, um den Verkehr von Sprengmitteln und pyrotechnischen Gegenständen schweizweit zu überwachen. Insbesondere die Sprengmittel unterliegen einer lückenlosen Kontrolle von der Herstellung, beziehungsweise Einfuhr, bis zur Verwendung. Im Bereich Pyrotechnik beinhaltet die Herstellungs- und Einfuhrbewilligung die Verpflichtung, regelmässige Qualitätskontrollen durchzuführen, welche die Handhabungssicherheit der Produkte einschliesst.

Die Anzahl der nebenstehend aufgeführten Bewilligungen für 2007 bewegte sich im Bereich der Vorjahre. Zusätzlich wurden 83 Zulassungen für das Inverkehrbringen von pyrotechnischen Gegenständen erteilt (2006: 110, 2005: 59, 2004: 49, 2003: 61, 2002: 38, 2001: 5).

Einfuhrbewilligungen Pyrotechnik	597
Einfuhrbewilligungen Sprengmittel	50
Herstellungsbewilligungen Pyrotechnik	8
Herstellungsbewilligungen Sprengmittel	11
Ausnahmebewilligungen Pyrotechnik	1
Ausnahmebewilligungen Sprengmittel	6
Total	673

Die Zentralstelle Sprengstoff und Pyrotechnik bearbeitete im Berichtsjahr 247 Ereignisse, davon:

Ereignisse

Anschläge	20
Diebstähle	2
Bagatelldfälle (Sachbeschädigung durch handelsübliche Feuerwerkskörper)	225

Waffen

Verfügungen der Zentralstelle

Seit dem 1. Mai 2001 ist die Zentralstelle Waffen (ZSW) zuständig für die Erteilung von Einfuhrbewilligungen für Waffen und Munition im Sinne des Waffengesetzes. Damit kontrolliert sie die Einfuhr in die Schweiz, um zu verhindern, dass Personen, die in der Schweiz keine Waffen und Munition erwerben können, sich diese im Ausland beschaffen.

	2007	2006
Gewerbsmässige Einfuhrbewilligungen	165	177
Nichtgewerbsmässige Einfuhrbewilligungen	783	751
Ausnahmebewilligungen	85	84

Nicht in der Schweiz niedergelassene ausländische Staatsangehörige, die in der Schweiz Feuerwaffen erwerben möchten, benötigen eine Bestätigung ihres Wohnsitz- oder Heimatstaates, aus der hervorgeht, dass sie dazu berechtigt sind. Ist dies nicht möglich, kann bei der ZSW eine Ersatzbestätigung beantragt werden, was im Berichtsjahr zweimal erfolgte.

Aus sicherheitspolizeilichen Gründen ist es Staatsangehörigen bestimmter Staaten untersagt, in der Schweiz Waffen und Munition zu erwerben und Waffen zu tragen. Unter bestimmten Voraussetzungen, insbesondere für die Jagd, für die Teilnahme an schiesssportlichen Veranstaltungen und für Personen, die im Sicherheitsdienst tätig sind, kann die ZSW Ausnahmebewilligungen erteilen.

	2007	2006
Ausnahmebewilligungen für Angehörige besonderer Staaten	11	14
abgelehnte Ausnahmebewilligungen für Angehörige besonderer Staaten	4	2

Arbeitsausschuss Waffen und Munition (AWM)

Der Chef der ZSW leitete die Sitzungen des AWM. Das Ziel des Ausschusses ist es, Grundlagen für einen einheitlichen Vollzug des Waffengesetzes in der Schweiz zu schaffen. Er setzt sich zusammen aus Vertretern der Kantone und des Bundes.

Kriegsmaterial

Gemeinsam mit dem EDA überprüft die Zentralstelle Kriegsmaterial (ZKM), ob die Lieferungen von Kriegsmaterial aus der Schweiz an den vorgesehenen und genehmigten Bestimmungsorten im Ausland eintreffen. Im Jahr 2007 nahm die ZKM in Zusammenarbeit mit den kantonalen Polizeibehörden zuhanden des Staatssekretariats für Wirtschaft

SECO zu zwölf Gesuchen für die Ausstellung einer Grundbewilligung für die Herstellung, den Handel und die Vermittlung von Kriegsmaterial Stellung. Die ZKM trifft geeignete Massnahmen zur Erkennung und Verhinderung des illegalen Kriegsmaterialhandels. 2007 leitete sie in diesem Zusammenhang 16 Dossiers an die Strafverfolgungsbehörden weiter.

Massnahmen im Zusammenhang mit Ausländern

Asyl- und Einbürgerungsbereich

Im Jahr 2007 prüfte der Ausländerdienst (ALD) zuhanden des Bundesamtes für Migration (BFM) rund 1'100 (Vorjahr 800) Asylgesuche. Gemäss Artikel 53 und 73 des Asylgesetzes wird kein Asyl gewährt, wenn eine asylsuchende oder eine schutzbedürftige Person die innere oder äussere Sicherheit der Schweiz gefährdet oder verletzt hat. 24 (49) Gesuche erforderten umfangreichere Abklärungen. In neun (13) Fällen beantragte der ALD die Ablehnung des Asylgesuches.

Auf der Grundlage des Bundesgesetzes über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts überprüfte der ALD ebenfalls für das BFM, Sektion Bürgerrecht, rund 34'000 (40'000) Einbürgerungsgesuche. In 53 (40) Fällen waren erweiterte Untersuchungen notwendig, zweimal beantragte der ALD die Ablehnung der Einbürgerung. In mehreren Fällen wurden dem BFM Sicherheitsbedenken gemeldet.

Überprüfung von Einreisen

Der ALD bearbeitete im Jahr 2007 zuhanden des BFM rund 2'300 (1'900) Gesuche von Ausländern, die einen kurz- oder längerfristigen Aufenthalt in der Schweiz

beantragten. Hier interessierten vor allem Staatsangehörige aus Ländern, die im Zusammenhang mit verbotenen Nachrichtendienst, Proliferation und Organisierter Kriminalität stehen.

In einigen Fällen machte der ALD Sicherheitsbedenken geltend, um zu verhindern, dass Geschäftsleute mit Beziehungen zu kriminellen Organisationen oder solche, die in Verbindung mit Firmen aus dem Proliferationsbereich stehen, in der Schweiz eine Basis für illegale Aktivitäten aufbauen können.

Für das EDA überprüfte er rund 4'300 (3'500) Diplomaten und internationale Funktionäre, die für einen kurzfristigen Aufenthalt in die Schweiz einreisen oder in der Schweiz akkreditiert werden wollten. In drei Fällen beantragte der ALD dem EDA die Verweigerung der Akkreditierung.

Gemäss Bundesgesetz über Ausländerinnen und Ausländer kann fedpol ein Einreiseverbot verfügen. Im Jahr 2007 wurden 165 Einreiseverbote verfügt, davon 85 Prozent im Zusammenhang mit Gewaltextremismus. Namentlich wurden 17 Einreiseverbote gegen

Fernhalte-massnahmen

Mitglieder ausländischer Skinheadbands und 117 im Zusammenhang mit dem World Economic Forum in Davos erlassen. In drei Fällen wurde dage-

gen Rekurs eingereicht. Zwei Beschwerden sind noch pendent, im dritten Fall wurde das Einreiseverbot durch die Beschwerdeinstanz bestätigt.

Bekämpfung von Gewalt bei Sportveranstaltungen

Am 1. Januar 2007 wurden die Rechtsgrundlagen für die Bekämpfung von Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen (Hooliganismus) und für die damit verbundene Datenbank «Hoogan» geschaffen. Kern der Massnahmen ist die Möglichkeit, Daten notorischer Gewalttäter bei Sportveranstaltungen im elektronischen Informationssystem Hoogan zentral zu erfassen. Ab 1. März 2007 wurden bereits vorhandene, gesetzlich zulässige Daten der Kantone und der Sportverbände überprüft und in Hoogan übernommen. Der DAP führte eine zentrale Schulung der Ausbildungs- und Systemverantwortlichen der Kantone durch, damit sie ihrerseits die Benutzer der Kantone ausbilden konnten. Auch an den Standortkantonen der Uefa Euro 2008 fanden Intensivschulungen statt. Per 1. Juni 2007 stellte der DAP eine Helpline zur Verfügung. Ab August 2007 startete der Pilotbetrieb, am 1. Januar 2008 wurde Hoogan wie geplant definitiv eingeführt. In der Datenbank waren per 31. Dezember 2007 260 Personen verzeichnet, davon waren 189 mit der Massnahme «Stadionverbot» und/oder 80 Personen mit der Massnahme «Rayonverbot» belegt.

Der DAP setzte 2007 eine Umsetzungsgruppe BWIS I ein. Vertreten sind die Kantons- und Stadtpolizeien, Sportverbände (Schweizerischer Fussballverband, Schweizerischer Eishockeyverband, Schweizerischer Olympischer Verband), die Schweizerische Zentralstelle Hooliganismus, private Sicherheitsunternehmen und die Fanarbeit Schweiz.

Die Gruppe ist Diskussions- und Informationsplattform und soll eine optimale Koordination sicherstellen. Die von ihr erstellte Richtlinie «Datenweitergabe» wurde in einem produktionsähnlichen Testbetrieb vom 1. November bis 31. Dezember 2007 bei den Polizeistellen der Host Cities der Uefa Euro 08 und bei den Polizeien des Kantons Luzern und der Stadt St. Gallen getestet und umgesetzt. Die Richtlinie wurde am 1. Januar 2008 auf der Home-

page von fedpol publiziert. Damit ist es nun jeder dezentralen Fachstelle in Absprache mit dem DAP möglich, Daten an Organisatoren von Sportveranstaltungen weiterzugeben.

Im Rahmen eines zweitägigen Arbeitsbesuches einer österreichischen Delegation beim DAP wurde das Vorgehen für den Datenaustausch von ausländischen Gewalttätern an der Uefa Euro 08 festgelegt.

Total eingetragene Personen (davon 2 weiblich)	260
---	------------

Aufgeschlüsselt nach Alter			
12-14 Jahre	1	25-29 Jahre	47
15-18 Jahre	44	30-39 Jahre	36
19-24 Jahre	126	40-49 Jahre	6

Aufgeschlüsselt nach Wohnkanton					
ZH	41	LU	34	BL	30
SG	27	BE	26	BS	19
TI	16	AG	12	TG	11
SO	7	SH	6	VS	6
FR	4	VD	4	ZG	3
AR	2	GR	2	SZ	2
AI	1	GE	1	OW	1

10 grösste Gruppierungen			
FC Basel	61	FC Luzern	33
FC St. Gallen	26	FC Zürich	18
Grasshoppers Zürich	18	FC Sion	10
BSC Young Boys	9	HC Lugano	9
ZSC Lions	8	FC Schaffhausen	7

Aufgeschlüsselt nach Massnahmen (ohne Meldeauflage, Polizeigewahrsam und Ausreisebeschränkung)	
Stadionverbot	189
Rayonverbot	80

Statistiken Hoogan (Stand per 31.12.2007)

Gewaltpropaganda

Mit den am 1. Januar 2007 in Kraft gesetzten Änderungen der gesetzlichen Grundlagen (BWIS und Vollzugsverordnung) wurde die Möglichkeit geschaffen, Propagandamaterial sicherzustellen, zu beschlagnahmen und einzuziehen, das konkret und ernsthaft zur Gewalttätigkeit gegen Menschen oder Sachen aufruft. Dieses wird dem DAP überwiesen, welcher über die Beschlagnahme und die Einziehung entscheidet. Bei Verdacht auf eine strafbare Handlung übermittelt die sicherstellende Behörde die Unterlagen der zuständigen Strafbehörde.

Erfasst werden Schriften, Ton- und Bildmaterial, Abbildungen oder Gegenstände und Darstellungen, die der Einwirkung auf ein unbestimmt zahlreiches Publikum mit dem Ziel dienen, dieses gegen bestimmte Personen einzunehmen. Erfasst sind aber nicht nur explizit rassistisches oder rechtsextremes Propagandamaterial, sondern auch Aufrufe zu anderen Formen von ideologisch motivierter Gewalt-

anwendung. Nicht erfasst sind Propagandaerzeugnisse mit extremen Inhalten, aber ohne konkreten und ernsthaften Aufruf zu Gewalt.

Seit dem Inkrafttreten der Norm prüfte der DAP 388 sichergestellte Exemplare mit mutmasslich zu Gewalt aufrufendem Inhalt. Er zog davon 50 Exemplare (12.9 Prozent) ein oder leitete sie an die zuständige Staatsanwaltschaft zur Anzeige weiter.

Total ausgewertete Exemplare	388	
	Anzahl	%
Eingezogene Exemplare nach Art. 13a BWIS	10	2.6
Überweisungen an Strafverfolgungsbehörden zwecks Einziehung gem. Art. 68 StGB	40	10.3
Rückgabe an Besitzer	280	72.2
Entscheid. hängig	58	15.0

Statistiken Gewaltpropaganda (Stand per 31.12.2007)

Personensicherheitsprüfungen

Die nationale Fachstelle für Personensicherheitsprüfungen im VBS führt Personensicherheitsprüfungen in Zusammenarbeit mit dem DAP durch. Dieser ist namentlich für die Erhebung der Daten zuständig. Im Jahr 2007 wurden bei der Fachstelle rund 36'000 Personensicherheitsprüfungen eingeleitet, wovon etwa die Hälfte an den DAP zur vertieften Abklärung gelangten.

Sinn und Zweck von Sicherheitsprüfungen ist es, die Bundes- und Kantonsverwaltungen, die Armee und die Schweizer Industrie vor Individuen zu schützen, welche die innere Sicherheit der Schweiz gefährden. Für die Beurteilung des Sicherheitsrisikos werden nicht nur die Register der Sicherheits- und Strafverfolgungsorgane als Datenquellen konsultiert (Auskünfte bei der zuständigen Kantonspolizei, bei

den Betreibungs-, Konkurs- und Strafverfolgungsbehörden), sondern auch sicherheitsrelevante Daten über die Lebensführung der betroffenen Person erhoben, insbesondere über ihre engen persönlichen Beziehungen und familiären Verhältnisse, ihre finanzielle Lage, ihre Beziehungen zum Ausland und Aktivitäten, welche die innere und äussere Sicherheit in rechtswidriger Weise gefährden könnten.

Geprüft werden Bundesangestellte, Armeeingehörige, Angestellte der Kantone oder Dritte (zum Beispiel potenzielle Auftragnehmer). Die Sicherheitsprüfung kann nur mit der Ermächtigung (Unterschrift) der zu prüfenden Person durchgeführt werden. Willigt diese nicht ein, wird ihr die gewünschte Funktion nicht übertragen beziehungsweise der Auftrag nicht erteilt.

KOBIK

Die nationale Koordinationsstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (KOBIK) ist die zentrale Anlaufstelle für Personen, die verdächtige Internetinhalte melden möchten.

Das fünfte Betriebsjahr zeichnete sich durch einen markanten Anstieg der Meldungen aus der Bevölkerung aus. Mit über 10'000 Meldungen führte KOBIK eine wichtige Triagearbeit durch und konsolidierte ihre Rolle als nationale Ansprechpartnerin in Sachen Internetkriminalität. Die KOBIK leitete im vergangenen Jahr 734 Fälle an in- und ausländische Strafverfolgungsbehörden weiter.

Die steigende Zahl der Meldungen ist auf das starke Wachstum im Bereich der Wirtschaftskriminalität zurückzuführen. Ab Mai 2007 war auch die Schweiz, wie zuvor andere europäische Länder, vermehrt Opfer der internationalen Cyberkriminalität. Die Attacken gegen Finanzinstitute wurden mittels Spammwellen durchgeführt, um so Schadsoftware auf zahlreiche schweizerische Rechner zu verbreiten.

Die Hinweise aus der Bevölkerung betrafen in erster Linie die harte Pornografie (19,91 Prozent). Wie im Jahr 2006 waren auch im Berichtsjahr die Spams

ein häufiger Meldungsanlass. In über hundert Fällen meldete KOBIK illegale Seiten direkt den Providern, welche sie vom Netz nahmen.

Eine beachtliche Zahl von Mitteilungen konnte nicht überprüft werden, da die Seiten zum Zeitpunkt der automatischen Analyse bereits nicht mehr erreichbar waren. Dies zeugt von einer steigenden Dynamik der kriminellen Szene.

Wie schon in vergangenen Jahren konnte aufgrund der KOBIK-Verdachtsdossiers auch im Berichtsjahr eine hohe Erfolgsquote erzielt werden. Sie sind offensichtlich eine zuverlässige Grundlage, um ein Strafverfahren gegen verdächtige Personen zu eröffnen und anlässlich einer Hausdurchsuchung illegales Material zu beschlagnahmen, so dass die Verurteilung der Täterschaft die Regel ist.

Aufgrund des Feedbacks der Strafverfolgungsbehörden kann allerdings eine Tendenz festgestellt werden, dass vermehrt versucht wird, illegales Material auf den Rechnern zu verstecken oder zu eliminieren. In fast zehn Prozent der Fälle wurden Verschlüsselungsprogramme oder Software zur unwiderrufflichen Löschung der Daten verwendet.

www.kobik.ch

MELANI

In der Melde- und Analysestelle Informationssicherung MELANI arbeiten Partner zusammen, welche im Umfeld der Sicherheit von Computersystemen und des Internets sowie des Schutzes der kritischen Infrastrukturen tätig sind.

Im Berichtsjahr haben «klassische» Phishing-Angriffe per E-Mail mit der Aufforderung, Passwörter einzugeben, in der Schweiz stark abgenommen. Zudem waren alle erfolglos. Dafür haben erfolgreiche Angriffe mit Malware zugenommen. Auch Zwei-Faktor-Authentisierungssysteme (zum Beispiel Streichlisten, SecurID usw.) bieten keinen Schutz und müssen als unsicher betrachtet werden, sobald ein PC mit Malware verseucht ist.

Die Bedrohung durch gezielte staatliche oder private Spionage bleibt bestehen. Gefährdet sind nicht nur Betreiber kritischer Infrastrukturen, die

Rüstungsindustrie oder staatliche Stellen. Auch mittelständische Industrieunternehmen sowie Luxusartikel- und Modehersteller sind im Visier. Die Angriffe erfolgen mit gezielt an einzelne Mitarbeitende verschickten E-Mails, die Malware im Anhang oder Links zu präparierten Webseiten enthalten. Ausgeklügeltes Social Engineering und das Recherchieren im Vorfeld eines Angriffes spielen eine immer wichtigere Rolle. Diese Vorgehensweisen erlauben sehr gezielte Angriffe, so dass selbst aufmerksame Personen sie kaum erkennen können. Im Bereich der Informationssicherung und der Internetkriminalität rückt somit die Bedeutung der Schnittstelle Mensch/Computer weiter in den Vordergrund. Technische Massnahmen bilden zwar einen Grundschutz vor Angriffen, sie alleine reichen jedoch längstens nicht aus. Immer mehr Gewicht bekommen deshalb die Aufklärung und Sensibilisierung der Mitarbeitenden sowie klare Richtlinien

zu Umgang, Lagerung und Verfügbarkeit von Informationen.

Als Infektionsweg stark zugenommen haben Webseiten, bei deren Besuch Malware ohne Zutun des Benutzers auf dem Rechner installiert wird (Drive-by-Infektion). Dabei werden Sicherheitslücken im Betriebssystem, im Browser oder in einer anderen Applikation ausgenutzt. Längst geschieht dies nicht mehr nur auf dubiosen, sondern auch auf seriösen und bekannten Seiten. Es besteht ein Trend zu modularer und flexibler Malware. Diese wird individuell zusammengestellt und enthält genau diejenigen Funktionen, die für den jeweiligen Angriff

erforderlich sind. Die Erkennungsrate der Malware durch Antiviren-Software bleibt tief. So genannte Botnetze bleiben die wichtigste Bedrohung im Internet. Die ferngesteuerten Computer werden unter anderem zu folgenden Zwecken missbraucht: Spam-Versand, illegales Hosting, Informationsbeschaffung und DDoS-Attacken. Dabei weiss der Besitzer in der Regel nicht, dass sein Computer Teil eines Botnetzes ist. Auch in der Schweiz sind bereits DDoS-Attacken beobachtet worden, und es muss davon ausgegangen werden, dass diese in Zukunft noch vermehrt vorkommen werden.

www.melani.admin.ch

Koordinationsstelle gegen Menschenhandel und Menschenmuggel

Die Bekämpfung von Menschenhandel und Menschenmuggel in der Schweiz wird von einer Vielzahl von Behörden und Organisationen wahrgenommen. Aufgabe der Koordinationsstelle KSMM ist es, diese Akteure zu vernetzen und ein gesamtschweizerisch koordiniertes Vorgehen gegen diese Phänomene zu gewährleisten. Die KSMM hat ihre Geschäftsstelle bei fedpol und setzt sich zusammen aus den mit der Bekämpfung des Menschenhandels betrauten Behörden und Stellen von Bund, Kantonen sowie Nichtregierungs- und zwischenstaatlichen Organisationen. Sie erarbeitet Strategien und Instrumente gegen Menschenhandel in den Bereichen Prävention, Strafverfolgung und Opferschutz sowie gegen Menschenmuggel.

Die Sensibilisierung von Behörden und Organisationen für das Phänomen Menschenhandel und die Durchführung von spezifischen Ausbildungen sind wichtige Massnahmen für eine wirksame Bekämpfung dieser Kriminalitätsform. Erstmals konnte im Berichtsjahr zwei Mal eine einwöchige Schulung für Angehörige der Polizei, der Migrationsbehörden und des Grenzwachtkorps realisiert werden. Anbieter der Ausbildung ist das Schweizerische Polizei-Institut, die KSMM wirkt bei der Entwicklung und Durchführung mit. Schwerpunkte bildeten die Erkennung von Menschenhandel, die Identifizierung und Befragung von Opfern, deren Aufenthalt in der Schweiz, die Zusammenarbeit zwischen Polizei und

Nichtregierungsorganisationen, Ermittlungsmethoden gegen Menschenhandel und die internationale Zusammenarbeit bei Strafuntersuchungen. Weitere Schulungen sind in Vorbereitung.

Die Vernetzung der kantonalen Polizeibehörden und der Informationsaustausch über die Bekämpfung von Menschenhandel sind wichtig für erfolgreiche Ermittlungsarbeit. Die KSMM initiierte darum die interkantonale Arbeitsgruppe gegen Menschenhandel und Menschenmuggel der Polizei, die im Sommer 2007 die Tätigkeit aufnahm. Sie bezweckt, gesamtschweizerisch gültige Ermittlungsansätze zu erarbeiten, auf der operativen Ebene die Vernetzung zwischen den Korps zu fördern und den Austausch fachspezifischer Kenntnisse zu vertiefen.

Aus den von der KSMM ausgewerteten Erfahrungen der Fussball WM 2006 empfahl sie, an der Uefa Euro 2008 eine Doppelstrategie: Prävention/Sensibilisierung durch Nichtregierungsorganisationen und Repression/Kontrolle durch die Polizei. Gestützt auf diese Auswertung erhielt die «Kampagne Euro 08 gegen Frauenhandel» durch die Projektorganisation Öffentliche Hand Uefa Euro 2008 eine Anschubfinanzierung von 100'000 Franken.

Die KSMM wirkte auch im Berichtsjahr an mehreren Runden Tischen mit und unterstützte die Initianten bei der Bildung oder Verbesserung

der kantonalen Kooperationsmechanismen gegen Menschenhandel. An den Runden Tischen werden die Schnittstellen zwischen den Strafverfolgungsbehörden, den Opferhilfestellen und den Migrationsbehörden analysiert und das Vorgehen bei Fällen von Menschenhandel festgelegt. Dank neuer Kooperationsgremien und dem Abschluss neuer Kooperationsvereinbarungen in mehreren Kantonen konnten die Voraussetzungen

für eine Intensivierung der Strafverfolgung geschaffen werden.

In ihrem Bericht «Bekämpfung des Menschenhandels in der Schweiz – Fortschritt, Situation, zukünftige Prioritäten» zog die KSMM im 2007 eine Zwischenbilanz über die Bekämpfung des Menschenhandels in den vergangenen fünf Jahren.

www.fedpol.ch

Meldestelle für Geldwäscherei MROS

Meldungseingänge Die Verdachtsmeldungen stiegen im Berichtsjahr um über 28 Prozent gegenüber dem Vorjahr (2007: 795 Meldungen; 2006: 619 Meldungen). Sie zeichneten sich durch eine hohe inhaltliche Qualität aus, die Weiterleitungsquote an die Strafverfolgungsorgane war mit rund 79 Prozent entsprechend hoch. Massgeblich dazu beigetragen hat insbesondere die Meldungszunahme im Bankenbereich (+ 37 Prozent). Dieser Anstieg liegt darin begründet, dass die so genannten Melderechtsmeldungen nach Art. Art. 305^{ter} Abs. 2 des Strafgesetzbuches (StGB) um 110 Prozent zugenommen haben. Dies insbesondere darum, weil diese Meldungen vermehrt an die MROS und nicht mehr direkt an die Strafverfolgungsbehörden gesendet werden. Das Gesetz lässt dem Finanzintermediär heute noch alternativ beide Möglichkeiten offen.

Die eingegangenen Verdachtsmeldungen im Zusammenhang mit mutmasslicher Terrorismusfinanzierung haben im Berichtsjahr erneut abgenommen (sechs Meldungen, entsprechen einem Anteil von 0,03 Prozent gemessen am Gesamtvolumen aller im Jahr 2007 gemeldeten Vermögenswerte).

Beitritt zur neu strukturierten Egmont-Gruppe Die Egmont-Gruppe ist eine informelle Arbeitsgruppe von weltweit ansässigen Meldestellen (= so genannte Financial Intelligence Unit / FIU). Sie will die Voraussetzungen für einen gesicherten, raschen und rechtlich zulässigen Austausch von Informationen schaffen, die der Bekämpfung der Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung dienen. Aufgrund ihrer Grösse von über hundert Mitgliedern wurde sie 2007 umstrukturiert. Um Mitglied der neu

strukturierten Egmont-Gruppe werden zu können, muss die jeweilige Meldestelle vollkommen operationell sein, den Willen und die rechtliche Möglichkeit zum internationalen Informationsaustausch haben und das Charter der Egmont-Gruppe anerkennen. Ein automatischer Übertritt von der bisherigen Mitgliedschaft in die neu strukturierte Egmont-Gruppe ist somit nicht möglich.

Mit Beschluss vom 7. Dezember 2007 hat der Bundesrat den Beitritt der Meldestelle für Geldwäscherei MROS zur neu strukturierten Egmont-Gruppe genehmigt und den Direktor des Bundesamtes für Polizei zur Unterzeichnung des Commitment Letters ermächtigt. Damit bleibt die MROS, welche 1998 der Egmont-Gruppe beitrug, auch weiterhin Mitglied. Die Schweiz bekräftigt so ihr Interesse an einem sauberen Finanzplatz und ihren Willen, die internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen die Geldwäscherei und die Terrorismusfinanzierung weiterhin aktiv zu unterstützen.

92 der 105 FIUs in der Egmont-Gruppe, darunter auch die MROS, können aufgrund nationaler gesetzlicher Grundlagen untereinander Informationen austauschen. 13 FIUs benötigen dazu jedoch entweder ein «Memorandum of Understanding» ein «Statement of Cooperation» ein «Written Agreement» oder sogar einen «Treaty». Da sowohl die Bekämpfung der Geldwäscherei als auch der Terrorismusfinanzierung oftmals grenzüberschreitende Ermittlungsmassnahmen erfordern, ist dieser internationale Informationsaustausch für die MROS von grösster Bedeutung. Die Meldestelle ist deshalb bestrebt, möglichst mit allen Ländern ein

«Memorandum of Understanding» (MOU) und «Statement of Cooperation» (SOC)

Abkommen abzuschliessen, die ein solches benötigen. So sind im Berichtsjahr je ein Memorandum of Understanding mit den Meldestellen von Aruba und der Republik San Marino sowie ein Statement of Cooperation mit der FIU von Japan abgeschlossen worden.

Neu soll die Meldepflicht betreffend die Terrorismusfinanzierung im Geldwäschereigesetz, einem formellen Gesetz, ausdrücklich erwähnt werden. Im Weiteren wird klar festgehalten, dass die Meldestelle die einzige zentrale nationale Behörde zur Entgegennahme solcher Verdachtsmeldungen ist.

Revision des Geldwäschereigesetzes

Am 15. Juni 2007 hat der Bundesrat einen Botschaftsentwurf zu einem Bundesgesetz zur Umsetzung der revidierten Empfehlungen der Groupe d'action financière (GAFI) verabschiedet und dem Parlament unterbreitet. Der Entwurf dehnt den Geltungsbereich des Bundesgesetzes zur Bekämpfung der Geldwäscherei im Finanzsektor auf die Terrorismusfinanzierung aus und enthält einige Massnahmen, mit denen die Wirksamkeit des schweizerischen Abwehrdispositivs erhöht und der generelle Schutz des Finanzplatzes vor Missbräuchen verstärkt werden sollen.

Nach heute geltendem Recht sind zwar Verdachtsmomente betreffend der Terrorismusfinanzierung bereits meldepflichtig, was sich aber nur durch Interpretation aus dem bestehenden Artikel 9 des Geldwäschereigesetzes ableiten lässt, wonach Gelder, die von einer kriminellen (somit auch terroristischen) Organisation stammen, meldepflichtig sind. Mit der ausdrücklichen Normierung erhöht man einerseits die Rechtssicherheit und andererseits setzt man entsprechende internationale Rechtsanforderungen der GAFI und der Egmont Group um.

Weitere Angaben zur Egmont-Gruppe finden sich unter www.egmontgroup.org.

Ausweisschriften

Die Sektion Ausweisschriften nimmt vier Aufgabenbereiche wahr. Es handelt sich dabei um Ausweisschriften im engeren Sinn, das Projekt Biometrie, die Nachforschungen nach vermissten Personen und KILA (Koordinationsstelle Identitäts- und Legitimationsausweise).

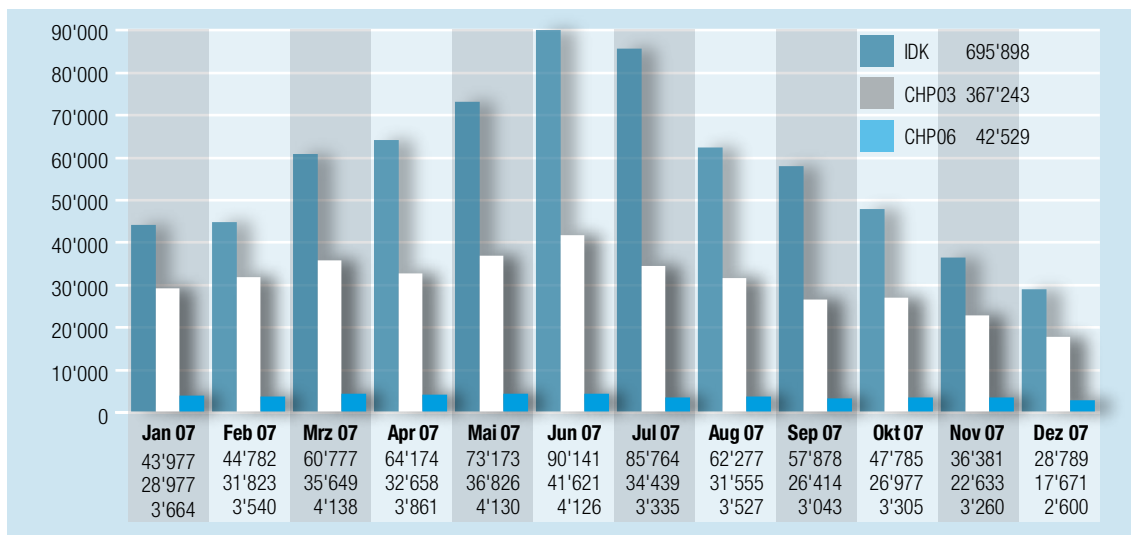
Ausweisschriften im engeren Sinn

Die Sektion sorgt dafür, dass die rund 2'700 Gemeinden, 26 kantonalen Passbüros, vier Notpassstellen an den Flughäfen und die rund 140 schweizerischen Auslandvertretungen den Schweizer Pass und die Identitätskarte einheitlich beantragen und ausstellen.

Sie beurteilt Ausweisgesuche von Schweizer Staatsangehörigen im Ausland, gegen die gesetzliche Verweigerungsgründe bestehen (wie beispielsweise im RIPOI zur Verhaftung ausgeschrieben, Schriftensperre, Strafverfolgung im Ausland).

Anfragen von Auslandvertretungen zur Ausweissausstellung	
Ausweisverweigerung auf Grund eines bestehenden Verweigerungsgrundes (Verhaftung, Schriftensperre, Art. 6 AwG)	86
Zustimmung zur Ausweissausstellung nach Abklärungen	158
Übrige Anfragen für Unterstützung	16
Total	260

Als Ansprechstelle für Auskünfte und Informationen rund um das Schweizer Ausweiswesen steht Bürgerinnen und Bürgern, aber auch kantonalen und kommunalen Behörden, eine Hotline, eine Internetseite (www.schweizerpass.ch) sowie auch eine zentrale E-Mailadresse (schweizerpass@fedpol.admin.ch) zur Verfügung. Diese verschiedenen Möglichkeiten der Kontaktaufnahme wurden rege genutzt. Namentlich die neuen Einreisebestimmungen der USA, aber auch die Entwicklungen innerhalb der EU und der Schweiz im Bereich biometrische Ausweise haben zu zahlreichen Anfragen geführt. Insgesamt wurden 1'581 Mail-Anfragen bearbeitet und täglich via Hotline zwischen 30 und 40 Fragen unter anderem über Reiseausweise und das Antragsverfahren entgegengenommen.



Produktionszahlen Schweizer Ausweise 2007 (Pass und Identitätskarte)

2007 wurden markant weniger Pässe produziert als jeweils in den vorangehenden Jahren. Während 2006 insgesamt rund 760'000 Pässe 03 und 06 ausgestellt wurden, waren es 2007 noch rund 410'000. Dieser Rückgang ist darauf zurückzuführen, dass in den Vorjahren regelmässig sehr viele Pässe ausgestellt wurden und nun schon sehr viele Schweizerinnen und Schweizer über einen Pass verfügen. Zudem bestellten viele Schweizerinnen und Schweizer 2006 auf Grund des Aufrufs des EJPD noch den Pass 03, welcher die visumsfreie Einreise in die USA ermöglicht, sofern er vor dem 26. Oktober 2006 ausgestellt wurde.

Projekt «Biometrischer Pass»

Bis spätestens zwei Jahre nach Inkrafttreten des Schengen-Übereinkommens, das heisst ab 1. März 2010, dürfen in der Schweiz nur noch biometrische Pässe und Reisedokumente ausgestellt werden.

Im Rahmen eines im September 2006 gestarteten Pilotprojekts «Biometrie in Schweizer Reiseausweisen» wurden bis Ende 2007 rund 50'000 biometrische Pässe 06 ausgestellt, die neben den bisher im Pass enthaltenen Daten ein digitales Gesichtsbild enthalten.

Auch wenn diese Zahl unter den Erwartungen liegt, wurden die Ziele des Pilotprojektes – das Sammeln von Erfahrungen im Bereich Biometrie und die Vorbereitung der definitiven Einführung von biometrischen Pässen – vollumfänglich erreicht.

Die Datenerhebung in den acht Erfassungszentren im Inland (Aarau, Basel, Bellinzona, Bern, Chur, Lausanne, St.Gallen und Zürich) und in den acht Erfassungszentren im Ausland (Frankfurt, Hongkong, London, Mexiko, Paris, Sao Paulo, Sydney und Toronto) verlief wie auch die Herstellung der Pässe beim Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) ohne nennenswerte Probleme. Insbesondere kam es bei der Einführung zu keinerlei Lieferengpässen.

Das Pilotprojekt läuft bis zur definitiven Einführung biometrischer Pässe und Reisedokumente weiter. Im Unterschied zum Pilotprojekt müssen bei der definitiven Einführung neben dem Gesichtsbild auch zwei Fingerabdrücke erfasst und digital gespeichert werden.

Für diese Einführung konnten im Berichtsjahr wichtige Meilensteine erreicht werden. Da neu auch Fingerabdrücke erfasst werden müssen, wurde das Ausstellungsverfahren für Pässe überarbeitet, dies in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen und dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), welches für die Auslandsvertretungen zuständig ist.

Nach der Vernehmlassung zur Revision des Ausweisgesetzes hat der Bundesrat am 8. Juni 2007 die Botschaft über die Genehmigung und Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der

Revision des Ausweisgesetzes

EU verabschiedet, der die Übernahme der Verordnung (EG) Nr. 2252/2004 über biometrische Pässe und Reisedokumente beinhaltet (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands, BBl 2007 5159). Der Ständerat hat diese am 10. Dezember 2007 als Erstrat ohne Gegenstimme gutgeheissen. Die Beratungen im Nationalrat sind für 2008 geplant. Parallel dazu wurde die zugehörige Verordnung überarbeitet, welche in der ersten Hälfte 2008 in die Vernehmlassung geschickt wird.

Aus diesem Grund beschloss das EJPD, anstelle von ämter-spezifischen Insellösungen eine von fedpol, den Kantonen, dem EDA, dem BFM und dem Grenzwachkorps gemeinsam nutzbare IT-Plattform zur Erfassung und Kontrolle von biometrischen Daten bzw. Ausweisen zu entwickeln. Das ISC-EJPD wurde hierzu als Generalunternehmerin verpflichtet und hat im 4. Quartal 2007 mit Unterstützung von fedpol und dem Kompetenzzentrum für das öffentliche Beschaffungswesen des BBL eine öffentliche Ausschreibung für die notwendigen Systeme publiziert. Die Evaluation der eingehenden Angebote wird sich bis ins 3. Quartal 2008 erstrecken. Dieser Entscheid zur gemeinsam nutzbaren Systemplattform führt insbesondere zu Kosteneinsparungen und erhöht die Zusammenarbeit zwischen den Behörden.

Ausschreibung Erfassungssysteme

Künftig müssen nebst dem Pass auch zahlreiche weitere Ausweise, insbesondere diejenigen im Zuständigkeitsbereich des Bundesamtes für Migration (BFM), digital gespeicherte biometrische Daten enthalten.

Koordinationsstelle im Bereich Identitäts- und Legitimationsausweise (KILA)

Die KILA hat folgende Hauptaufgaben:

- Beschaffen von Spezimen von Identitäts- und Legitimationsausweisen aus allen Ländern, Analyse und Beschreibung der Dokumente und Abbilden der Beschreibungen und Bilder in der Ausweisreferenzsammlung (Datenbank ARKILA).
- Internationaler Abklärungsservice zu Dokumenten über Ausstellungsmodalitäten, Echtheit des Dokumentes, Echtheit von Personalien in Dokumenten, Herstellungsprozesse, Sicherheitsmerkmale und -elemente, etc.
- Sammeln von Fälschungsinformationen zur Aufbereitung der schweizerischen Fälschungst Statistik FRAUDE.
- Verwaltung und Ausgabe der schweizerischen Spezimen (Pass, ID, Führerscheine, Visa, etc).
- Qualitätskontrolle bei der Ausgabe der schweizerischen Identitätsdokumente (Pass und ID) sowie Unterstützung bei der Neuentwicklung (Herstellung, Sicherheitselemente, Drucktechniken, international geltende Normen, etc).

In der viersprachigen Ausweisreferenzsammlung **ARKILA** (deutsch/französisch/italienisch/englisch), welche im Herbst 2004 mit 134 Dokumenten in Betrieb genommen wurde, sind Ende 2007 1'376 Dokumente online verfügbar. Die Bild- und Datenqualität ist im internationalen Vergleich laut Kundenfeedback sehr gut.

Ausweisreferenzdatenbank		
ARKILA	2006	2007
Total verfügbare Dokumente	1'208	1'376
ARKILA Zugriffe	12'338	12'377
Benutzer	5'485	5'945

Die Servicequalität und die Übersetzung der Antworten in die Kundensprache ergaben erfreulich viele positive Rückmeldungen. Diese Erfolgsfaktoren führten zu einer starken Zunahme des Anfragevolumens in den letzten zwei Jahren.

Abklärungen	2006	2007
Grössere Aufträge mit Terminüberwachung	274	342
Kleinaufträge (Direkte Erledigung)	152	171

FRAUDE Die schweizerische Statistik über gefälschte Dokumente – die Datenbank FRAUDE – wurde 2007 entwickelt. Im Jahr

2007 wurde in der Schweiz 4'558 Fälschungen aufgedeckt, das sind durchschnittlich 13 pro Tag.

Nachforschungen nach vermissten Personen

Die Dienstleistungen umfassen Nachforschungen nach länger vermissten Personen im Auftrag von Familienangehörigen, Freunden oder Bekannten sowie Aufenthaltsnachforschungen im Auftrag von Behörden, Institutionen und gemeinnützigen Organisationen im In- und Ausland. 2007 gingen 174 schriftliche Nachforschungsgesuche ein, was einer Zunahme von rund zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. 48 Prozent der Suchaufträge betrafen schweizerische, 52 Prozent ausländische Staatsangehörige. Die Hälfte der gesuchten Personen wurde aufgefunden und informiert. In 40 Prozent der Fälle verlief die Suche nicht erfolgreich, zehn Prozent der Anfragen wurden zuständigkeitshalber an eine andere Stelle überwiesen. Die Erfolgsquote konnte über die letzten Jahre kontinuierlich gesteigert werden (2003 konnten erst 38% der Fälle gelöst werden).

Mit 48 Anfragen nahmen 2007 die **privaten Nachforschungsgesuche** deutlich zu. Der Grossteil der Anfragen bezweckte die Suche nach schon länger vermissten Familienangehörigen, Freunden und Bekannten oder die dringende Suche nach Angehörigen in Krankheits- oder Todesfällen. Ebenfalls häufig waren Anfragen unehelich geborener, inzwischen erwachsener Kinder nach ihren leiblichen Eltern und/oder Halbgeschwistern.

32 Suchaufträge gingen 2007 von **Behördenseite** ein. Der konsularische Schutz des EDA bat um Hilfe bei der Suche nach Familienangehörigen von

im Ausland erkrankten, verunglückten oder verstorbenen Schweizer Bürgern. Kantonale Erbschaftsämtler, Sozialbehörden und Notare beantragten Aufenthaltsnachforschungen zwecks Nachlassregelungen und Familienzusammenführungen. Das Bundesamt für Zivilluftfahrt und Arbeitslosenkasernen benötigten Adressrecherchen, Polizeibehörden unterstützende Abklärungen. Ausländische Vertretungen ersuchten um Unterstützung bei der Suche nach in der Schweiz vermuteten Staatsangehörigen.

Nichtregierungsorganisationen wie etwa das Schweizerische Rote Kreuz SRK oder der Internationale Sozialdienst SSI in Genf und Zürich stellten 71 Gesuche. Die meisten der vom SRK geleiteten Aufträge stammten von Personen aus Kriegsländern oder politisch instabilen Regionen und bezweckten die Suche nach in der Schweiz vermuteten Familienmitgliedern (Hauptländer 2007 Afghanistan, Irak, Somalia). Ebenfalls häufig waren Suchanfragen von ehemaligen ausländischen Kriegsferienkindern nach ihren Schweizer Gastfamilien sowie Anfragen zum Verbleib von im Zweiten Weltkrieg geflüchteten oder deportierten Familienangehörigen.

Privatrechtliche Unternehmen stellten 23 Aufenthaltsnachforschungen nach schweizerischen und ausländischen Personen. Dabei ging es um vermögensrechtliche Nachlässe und um die Auszahlung von Vorsorgegeldern.

5

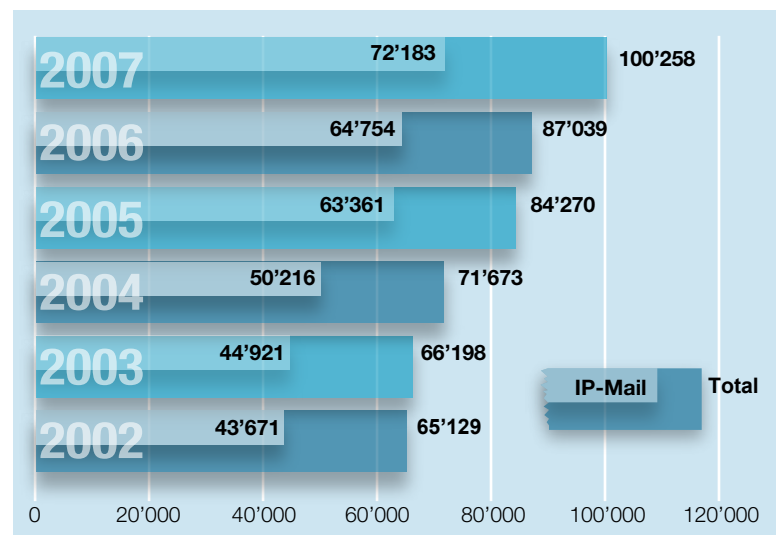
Unterstützende polizeiliche Aufgaben

Die unterstützenden polizeilichen Aufgaben von fedpol werden von verschiedenen Einheiten in der Bundeskriminalpolizei (BKP), im Dienst für Analyse und Prävention (DAP), vom Stab für internationale Entwicklung und Krisenmanagement (SINDEC) sowie von den Abteilungen Dienste, Stab und Ressourcen wahrgenommen.

Einsatzzentrale fedpol

Die Einsatzzentrale fedpol (EZ) ist als eigenständige Abteilung bei der Bundeskriminalpolizei angegliedert. Sie nimmt Aufgaben für das ganze Bundesamt für Polizei und teils für das Bundesamt für Justiz (BJ) wahr. Sie ist die kriminalpolizeiliche Anlaufstelle für sämtliche in- und ausländischen Partnerorganisationen im 24-Stunden-Dauerdienst. Sie nimmt alle ein- und ausgehenden Meldungen entgegen, bearbeitet diese selbständig oder leitet sie an die zuständigen Stellen weiter. Ausserdem koordiniert und leitet sie operationelle Einsätze wie grenzüberschreitende Observationen und kontrollierte Lieferungen (= verdeckte polizeiliche Überwachung eines Transports von illegaler Ware wie Betäubungsmittel oder Waffen). Sie leitet Sofortmassnahmen wie Fahndungen und Abklärungen ein und stellt den internationalen kriminalpolizeilichen Schriftverkehr während 24 Stunden sicher. Sie agiert ferner als Single Point of Contact (SPOC) für Europol und ist für den Datenaustausch von Interpol Bern zuständig.

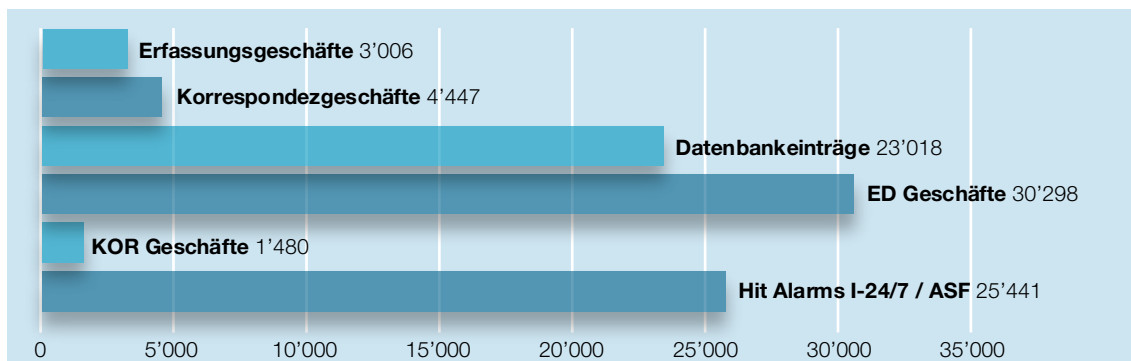
2007 wurde der Aufbau der nationalen und europaweit verknüpften Fahndungszentrale, der sogenannten SIRENE, für internationale Personen- und Sachfahndungen weiter vorangetrieben. Damit wurde der Grundstein für die operative Inbetriebnahme des SIRENE-Büros voraussichtlich im Herbst 2008 gelegt, zeitgleich mit dem Start der elektronischen Fahndung mit dem Schengener Informationssystem (SIS).



Meldungseingänge EZ fedpol

Übersicht der Geschäfte Abteilung EZ (2007)

Meldungseingänge und Anfragen	100'258
Korrespondenzgeschäfte (Details siehe Grafik Seite 32)	4'447
Operative Geschäfte (grenzüberschreitende polizeiliche Massnahmen, wie Observationen und kontrollierte Lieferungen)	136
Erkennungsdienst (FIT-Scan und DNA)	8'677
Datenbankeinträge	23'018



Von der Abteilung EZ behandelte Geschäfte

Erfassungsgeschäfte: Meldungen, die lediglich in den Datenbanken erfasst werden

Korrespondenzgeschäfte: Meldungen, die zwingend Schriftverkehr verursachen

Datenbankeinträge: Datenbanken IPAS und JANUS 3.0

ED Geschäfte: Meldungen mit erkennungsdienstlichem Material

KOR Geschäfte: Meldungen die ausserhalb der Bürozeiten der BKP durch den 24h-Dienst der EZ erledigt werden müssen

Hit Alarms I-24/7 und ASF: Automated search facility und technische Plattform Interpol

Telefonische Meldungen und Auskünfte

Die Abteilung EZ fedpol bearbeitete im Jahr 2007 insgesamt 9'488 Telefonanrufe, welche zur Hauptsache von grenzpolizeilichen Stellen und anderen Strafverfolgungsbehörden stammten.

Meldungsbewirtschaftung

Als Triagestelle und Informationsdrehscheibe verarbeitete EZ fedpol 2007 erstmals über 100'000 Meldungseingänge. Der elektronische Anteil stieg kontinuierlich an, wohingegen sich die Papiereingänge per Post oder Fax gegenüber 2006 leicht verringerten.

Vergleich Meldungseingänge	2006	2007
IP-Mails	64'754	72'183
Fax	5'991	5'149
Post	5'297	5'106
Vulpus	2'117	2'286
Europol	785	1'856
Janus-Mail	3'288	3'887
Telefon	12'426	9'488
Diverses (Gerichtsakten etc.)	327	303
Total	94'985	100'258

2007 erledigte das Kommissariat Erkennungsdienst insgesamt 30'298 Geschäfte, worunter 7'468 FIT-Scan Ein- und Ausgänge, 1'209 DNA-Geschäfte und 7'139 Interpol-Rundaussendungen entfielen.

Erkennungsdienst

Insgesamt bearbeitete die EZ fedpol 4'447 Geschäfte eigenständig, das heisst ohne Mitwirkung einer anderen Stelle oder eines anderen Bereichs. Die Aufteilung dieser so genannten Korrespondenzgeschäfte stellt sich wie folgt dar:

Korrespondenzgeschäfte

Angehörigenverständigungen	212
Waffenabklärungen	78
Einfache Diebstähle im Ausland	306
Internationale Rechtshilfe und Auslieferung in Zusammenarbeit mit dem Pikettdienst des Bundesamtes für Justiz	265
Fahrzeugabklärungen in Zusammenhang mit Straftaten	1'806
Abteilungsexterne Geschäfte ausserhalb der Bürozeit	1'480
Diverses	324

Operative Geschäfte

Die Zahl der operativen Einsätze wie beispielsweise Koordination von grenzüberschreitenden Observationen oder kontrollierten Lieferungen stieg im Vergleich zum Vorjahr um knapp 20 Prozent.

Analyse

Aufgabe der Abteilung Analyse des DAP ist es, die von der Abteilung Operationen beschafften oder sonst aus dem In- und Ausland eingegangenen Meldungen, die von der Abteilung Informationsmanagement vorgeprüft worden sind, auszuwerten und zugunsten einer Vielzahl von Empfängern in Berichtsform aufzubereiten.

Zu den Empfängern der Berichte zählt die Öffentlichkeit, die seit 2002 jährlich mit dem «Bericht Innere Sicherheit der Schweiz» informiert wird.

Sechs weitere Berichte aus den Bereichen Terrorismus, Gewaltextremismus, Organisierte Kriminalität, Wirtschaftskriminalität und verbotener Nachrichtendienst wurden zuhänden der politischen Entscheidungsträger in Bund und Kantonen sowie der Strafverfolgungsbehörden, der Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz und der Bundesanwaltschaft erstellt.

Die politischen Entscheidungsträger in Bund und Kantonen erhielten auch eine Vielzahl routinemässiger Produkte, wie etwa aktuelle Lagedarstellungen (zum Beispiel zu links- und rechtsextremistisch motivierten Ereignissen oder zur nationalen Situation im Bereich Betäubungsmittel).

Innerhalb des Departements bildeten die Themen «Terrorismus», «Jugendgewalt» und «Schutzgeld-erpressung» die politischen Schwerpunkte.

Zur Tätigkeit der Abteilung gehörten weiter die Beantwortung parlamentarischer Anfragen (drei unter Federführung der Abteilung Analyse), Motionen (3), Interpellationen (1) etc. oder die Vorbereitung von Antworten auf Anfragen von Medien und der Öffentlichkeit, respektive auf von Privatpersonen gestellte Fragen. Weitere Tätigkeitsschwerpunkte der Abteilung waren:

- Die Gesamtbeurteilung der Liste der zu beobachtenden Organisationen und Gruppierungen und der Liste der regelmässigen Meldungen durch den Bundesrat.
- Die Auswertung der zugestellten Gerichtsurteile. 2007 lagen die Schwerpunkte bei den Straftatbeständen Pornografie, Landfriedensbruch, Kriminelle Organisationen, Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte, Geldwäscherei sowie Strafurteile zur Rassendiskriminierung.
- Die Unterstützung der polizeilichen Präventionskampagne zum Thema Kinderpornografie und Internet.
- Die Pflege von Kontakten zu Forschungsinstitutionen, deren Projekte die Abteilung aktiv unterstützt (Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich, Mitwirkung in Beratungsgremien zum 7. EU-Rahmenprogramm Sicherheitsforschung sowie Studien im Rahmen nationaler Forschungsprogramme).
- Das Leiten der gemeinsam mit dem Strategischen Nachrichtendienst (SND) betriebenen Plattformen zu Terrorismus und Organisierter Kriminalität und die stellvertretende Leitung der Plattform Proliferation.
- Das Beantworten von an die Schweiz gerichteten Anfragen ausländischer Amtsstellen und internationaler Organisationen, wie etwa der UNO, Europol, Interpol und Nato. Allein für die Zusammenarbeit mit Europol wurden knapp tausend Arbeitsstunden für 300 ein- und ausgehende Geschäfte, die Auswertung von Analysen und das Verfassen von Berichten investiert.
- Die Organisation von und Teilnahme an internationalen und nationalen Veranstaltungen und Konferenzen.
- Dutzende von Referaten im Rahmen von nationalen sicherheitspolitischen Ausbildungsmodulen, internationalen Polizeiausbildungen oder bei internationalen Gremien.

Bundeslagezentrum

Das Bundeslagezentrum (BLZ) verfolgte im Jahr 2007 sämtliche tagesaktuellen Ereignisse mit Bezug zur inneren Sicherheit. Es erstellte kurz- und mittelfristige Lageanalysen für die gesamte Schwei-

zer Polizeilandschaft, verschiedene Amtsstellen beziehungsweise Gremien der Bundesverwaltung und für die übrigen in- und teilweise auch ausländischen Partner des Nachrichtenverbundes. Im Rahmen

der Vorbereitungen zur Fussball-Europameisterschaft Uefa Euro 2008 wurden 2007 bereits umfangreiche konzeptionelle Arbeiten zum Aufbau des Polizeilichen Informationszentrums (PICC) geleistet. Die Produkte des BLZ lassen sich in fünf unterschiedliche Kategorien gliedern:

1. Ein umfassendes tägliches Lagebulletin mit Informationen aus den Bereichen des Gewaltextremismus, des Terrorismus, der Proliferation, der Organisierten und Allgemeinen Kriminalität, der Spionageabwehr, der Migration sowie der Informationstechnologie.
2. Ein laufend aktualisierter Veranstaltungs- und Ereigniskalender.
3. Mehrere detaillierte Lagefortschreibungen vor allem zu den Kernbereichen Gewaltextremismus (Rechts- und Linksextremismus) und Terrorismus (Anschläge, Drohungen und Verhaftungen mit terroristischem Hintergrund). Weiter wurden auch gezielte ereignisbezogene Medienauswertungen vorgenommen.

4. Wöchentliche und monatliche Lageanalysen mit aktuellen Schwerpunktthemen zur inneren Sicherheit. Empfänger dieser Berichte waren 2007 unter anderem die kantonalen und grösseren städtischen Polizeikorps, diverse Amtsstellen auf Stufe Kanton und Bund, der Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, der Gesamtbundesrat und Organe der sicherheitspolitischen Führung wie die Lenkungsgruppe Sicherheit (LgSi) und der Sicherheitsausschuss des Bundesrates (SiA).
5. Der Nachrichtenverbund bei Grossereignissen. 2007 wurden anlässlich des Weltwirtschaftsforums Davos (WEF), des Tages der Arbeit, des G8-Gipfels in Heiligendamm und des Nationalfeiertags spezielle nationale beziehungsweise internationale Nachrichtenverbunde eingerichtet und mit Hilfe einer verschlüsselten elektronischen Lagerdarstellung geführt. Es wurden je nach Intensität der Lageentwicklung Rapporte einberufen und, darauf basierend, Lageberichte pro Ereignis erstellt.

Internationale Polizeikooperation

**Schweizer
Polizeiattachés** Der Vorsteher des EJPD beauftragte 2007 das Bundesamt für Polizei damit, im Hinblick auf das Netz der im Ausland akkreditierten Schweizer Polizeiattachés eine neue Strategie zu erarbeiten. Zwei Ziele wurden gesetzt: die Entsendung und die Arbeit von Polizeiattachés noch effizienter gestalten und im Hinblick auf einen Ausbau des Netzes klare Prioritäten festlegen. Der Departementsvorsteher hiess die ihm unterbreitete Strategie am 16. Oktober 2007 gut.

Die Abteilung internationale Polizeikooperation der BKP wurde damit betraut, die Strategie im Laufe des Jahres 2008 mit den verfügbaren Mittel umzusetzen.

Rochade der Polizeiattachés 2007

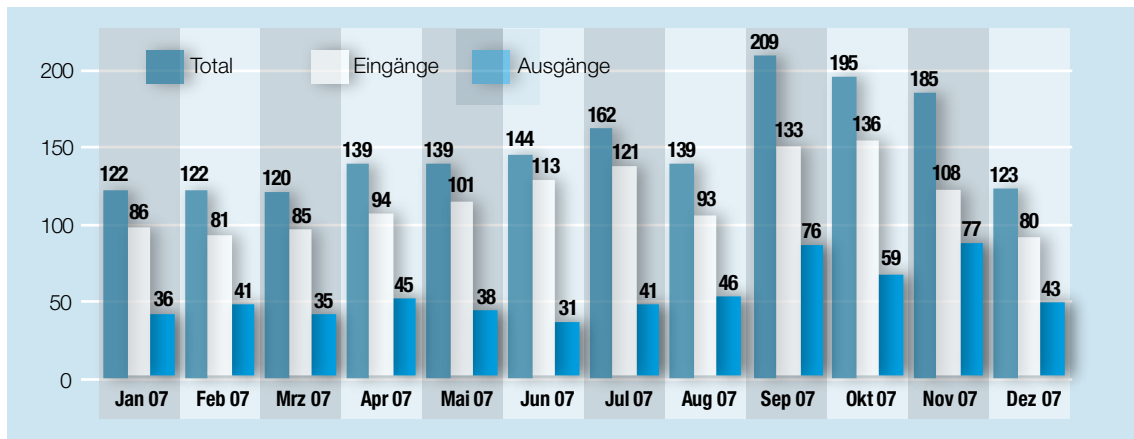
Das Jahr 2007 stand bei den Polizeiattachés im Zeichen einer Rochade, bei welcher vier Polizeiattachés neue Posten übernahmen. Die Wechsel waren mit sämtlichen, zeitlich untereinander koordinierten Umzügen, Einführungs- und Vorstellungsprogrammen, der Durchführung von Übergabe- und Über-

nahmerapporten anspruchsvoll und ressourcenintensiv.

Gemäss Bundesratsbeschluss vom 23. Juni 1999 beteiligt sich die Schweiz mit jährlich maximal 20 Fachpersonen an multilateralen Einsätzen zur Polizeireform in Krisenstaaten. Das Bundesamt für Polizei ist zuständig für die operationelle Führung und Betreuung der Schweizer Polizeiberater in diesen Einsätzen. Daraus folgt der Auftrag, laufende und künftige Missionen der UNO, der EU und allfälliger weiterer Organisationen mit geeignetem Personal zu versorgen, dieses zu betreuen und der im EDA für die politischen und finanziellen Belange zuständigen Stelle die fachliche Beratung zukommen zu lassen.

Internationale Polizeireform

Im Jahr 2007 waren neun Polizeiberater im Kosovo tätig, drei in Bosnien und Herzegowina, je zwei in Georgien und der Elfenbeinküste sowie eine Fachperson in Nepal. Ein weiterer Polizeiberater ist in einer Spezialeinheit bei der UNO in New York für die



Europol: Anzahl Meldungen

Vorbereitung von Einsätzen zur Polizeireform tätig. Das Schweizer Personal bekleidet sehr anspruchsvolle Posten. In der Elfenbeinküste stellt die Schweiz sogar den Chef der UNO-Polizei. Beim eingesetzten Personal stammt je ein Polizist von den Polizeikörpern Genf und Luzern. Die restlichen Personen haben für den Einsatz ihren Dienst im angestammten Korps quittiert oder es handelt sich um pensionierte Polizisten.

Zusammenarbeit mit Europol

Die Zusammenarbeit mit Europol wurde im Laufe des Jahres 2007 massgeblich verstärkt. Die Mitarbeitenden von fedpol wurden von Fachleuten noch umfassender für die Zusammenarbeit mit Europol geschult. Gleichzeitig wurden auch in diversen Kantonen Ausbildungen und Informationsveranstaltungen zu Europol durchgeführt. Die Statistik belegt indessen, dass vor allem in den Kantonen dieses Mittel der Zusammenarbeit noch wenig genutzt wird: Von Europol gingen im Berichtsjahr monatlich durchschnittlich 120 Anfragen ein, während die Schweiz kaum 20 an Europol richtet

Europol ist nicht nur Drehscheibe für den Austausch von Information unter europäischen Ländern, sondern auch ein Analysezentrum. In speziellen Analysedateien (Analysis Work Files/AWF) werden Informationen der Mitgliedstaaten gezielt ausgewertet. Die Schweiz beteiligt sich aktuell an einem AWF, das sich der Bekämpfung von Verbrechen mafiöser kosovo-albanischer Gruppen widmet. Geplant ist eine Beteiligung an zwei weiteren AWFs in den Bereichen islamistischer Terrorismus und Kinderpornografie im Internet. Diese drei Themenbereiche

werden als für die Schweiz prioritär erachtet und eine Beteiligung ist trotz der knappen Ressourcen realisierbar.

Zur Koordination der fedpol-Tätigkeiten mit Europol wurde ein Leitungsausschuss gebildet, der vier Mal jährlich tagt und dem Kadermitglieder der BKP, des DAP und von SINDEC angehören.

Im Berichtsjahr wurden die Verhandlungen zur Revision des mit Frankreich getroffenen Abkommens über die Zusammenarbeit in Justiz-, Polizei- und Zollsachen abgeschlossen. In der Folge unterzeichneten die französische Innenministerin und der Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements am 9. Oktober 2007 in Paris das revidierte Abkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Am 7. Dezember 2007 unterbreitete der Bundesrat seine Botschaft den eidgenössischen Räten.

Bilaterale Beziehungen

Das überarbeitete Dokument regelt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Polizeibehörden. Es beinhaltet mehrere Neuerungen. Erwähnenswert sind vor allem die Möglichkeit der verstärkten Zusammenarbeit bei Einsätzen an Grossanlässen, bei Katastrophen oder schweren Unfällen und die Möglichkeit, Einheiten zu entsenden, die die Ordnung aufrecht erhalten. Zudem wurden die Zuständigkeit zur Ausübung hoheitlicher Befugnisse geregelt und die grenzüberschreitende Observation und Nacheile detailliert definiert. Ebenso bedeutend ist die Mög-

lichkeit, bei Zuwiderhandlungen im Strassenverkehr Daten auszutauschen.

Die im neuen Abkommen vorgesehenen Bestimmungen über den Datenschutz entsprechen jenen des Schengener Durchführungsübereinkommens. Die nationale Rolle des Zentrums für Polizei- und Zollzusammenarbeit in Genf wird gestärkt. Neu werden zur Umsetzung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auch Luftensätze möglich sein.

Mit Bosnien und Herzegowina unterzeichnete die Schweiz am 24. April 2007 ein Abkommen über die polizeiliche Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Kriminalität. Es regelt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den nach jeweiligem Landesrecht zuständigen Polizeibehörden. Unter Wahrung eines hohen Standards im Datenschutz werden darin der Informationsaustausch, die Ko-

ordination operativer Einsätze, die Einsetzung gemeinsamer Arbeitsgruppen sowie Aus- und Weiterbildung geregelt.

Das Abkommen soll in erster Linie der Bekämpfung der Schwerstkriminalität dienen, ist jedoch auf alle Kriminalitätsbereiche anwendbar.

Im Juli 2007 traten die mit Rumänien, Mazedonien und Albanien geschlossenen Abkommen über die Polizeikooperation in Kraft.

Bei Treffen mit Vertretern aus Italien (3. April 2007), Österreich/Liechtenstein (4. Mai 2007), Deutschland (27. September 2007) und Ungarn (19. November 2007) wurden bestehende Kooperationsabkommen besprochen. Es ging zur Hauptsache darum, den Stand der Zusammenarbeit zu bewerten und diese gegebenenfalls noch effizienter zu gestalten.

Umsetzung des Schengen-Assoziierungsabkommens

fedpol ist für die polizeiseitige Umsetzung des Schengen-Assoziierungsabkommens (SAA) verantwortlich. Im Vordergrund standen dabei die Planung und Umsetzung der IT-Anbindung der Schweiz an das Schengener Informationssystem, der Aufbau des SIRENE-Büros, die Vorbereitung der Evaluation durch die EU-Experten, die Ausbildung im Bereich Schengen sowie die Vornahme der notwendigen rechtlichen Arbeiten. Im Mai 2007 erfuhr dieser Prozess grössere Anpassungen. Die Schweiz war bei der Unterzeichnung des SAA im 2004 davon ausgegangen, sich direkt an das Schengener Informationssystem der zweiten Generation (SIS II) anschliessen zu können. Aufgrund der Verspätung in der technischen Umsetzung des SIS II beschloss jedoch der Bundesrat, sich an der von Portugal vorgeschlagenen Übergangslösung, SiSone4ALL, zu beteiligen. Dadurch wird eine möglichst rasche Anbindung der Schweiz an das Schengener Informationssystem bezweckt. Dieser Entscheid brachte eine Neuorganisation der **IT-Umsetzung** von Schengen/Dublin mit sich. Im Spätsommer wurden die entsprechenden Initialisierungsarbeiten abgeschlossen und die IT-Gesamtprojektleitung einem externen Projektleiter übertragen. Im November 2007 wurden die diversen Detailspekte im Rahmen einer Voranalyse behandelt.

Neben den IT-relevanten Arbeiten konnte bis Ende 2007 der organisatorische Aufbau des **SIRENE-Büros** innerhalb der Einsatzzentrale fedpol grösstenteils abgeschlossen werden. Die SIRENE-Mitarbeitenden wurden rekrutiert und intensiv geschult. Zudem konnten die Prozesse zwischen dem SIRENE-Büro und den Kantonen bis Ende 2007 zu einem grossen Teil erarbeitet und bereinigt werden.

Der Aufbau des SIRENE-Büros verlief personell, fachlich und administrativ wie geplant, so dass mit dem Beginn der Schengenfahndung die Schweiz bereit sein wird, die umfassenden Aufgaben wahrzunehmen.

Da sich die Schweiz verpflichtet hat, den weiter entwickelten Schengen-Besitzstand zu übernehmen, hat der Bundesrat in **rechtlicher Hinsicht** am 14. November 2007 die entsprechenden Notenaustausche zwischen der Schweiz und der Europäischen Union zur Übernahme der Anpassungen der Rechtsgrundlagen des Schengener Informationssystems gutgeheissen und dem Parlament zur Genehmigung überwiesen. Zudem wurde eine Verordnung über den nationalen Teil des Schengener Informationssystems (N-SIS) und das SIRENE-Büro erarbeitet.

Fahndungen RIPOL

Die Sektion Fahndungen/RIPOL ist verantwortlich für den Betrieb und den Ausbau des automatisierten Fahndungssystems RIPOL, das Datenbanken für Personen-, Fahrzeug- und Sachfahndungen sowie für ungeklärte Straftaten umfasst. Dieses System gewährleistet rasche, einfache und gesamtschweizerisch einheitliche Fahndungen. Die Sektion ist ferner zuständig für den automatisierten Datenaustausch mit dem Ausland und somit Koordinationsstelle für die Zusammenarbeit mit dem Generalsekretariat Interpol in Lyon/F.

Datenbestand RIPOL per 31. Dezember 2007

Anzahl User: ca. 25'000

Personen	173'786
Fahrzeuge (inkl. Fahr-/Motorräder)	265'022
Fahrzeugkennzeichen	303'980
Ungeklärte Straftaten (Fälle)	1'084'533
Geschädigte	822'804
Sachen	1'979'235
Signalelemente	41'157
Spuren	40'124

Erfasste Datenmenge 2007

Personenfahndungen

Haftbefehle (national)	14'701
Haftbefehle (regional)	18'437
Aufenthaltsnachforschungen (national)	4'436
Aufenthaltsnachforschungen (regional)	34'460
Fernhaltmassnahmen (national)	17'232

Sachfahndungen

Fälle	199'604
Signalelemente	3'630
Spuren	4'041
Sachen	150'972
Geschädigte	126'159

Fahrzeugfahndungen

Fahrzeuge	10'440
Fahrräder, Motorfahrräder und gestohlene VINs	44'951
Kennzeichen	37'742
Fahrrad-, Motorfahrradkennzeichen	40'753

Aktive Fahndungen

Dringende Meldungen bekannt (national)	9'209
Dringende Meldungen bekannt (regional)	2'789
Übrige Meldungen (national)	1'152
Übrige Meldungen (regional)	3'603

Die Sektion betreut ausserdem im Namen der Konferenz der Kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz die Homepage www.swisspolice.ch. Der gemeinsame Internet-Auftritt der schweizerischen Polizei bezweckt die Vereinheitlichung der Kommunikation zwischen Bevölkerung und Polizei. Er ist ergänzender Teil der kriminalpolizeilichen Fahndung und Prävention. Die Website dient der Ermittlung bei Verbrechen oder Vergehen, der Fahndung nach Personen und Sachen von grossem Wert und/oder grosser Bedeutung, sowie der Verbrechensprävention, insbesondere der Verbreitung von Warnmeldungen an die Bevölkerung.

Der Dienst Benutzerverwaltung/Anwendungsbetreuung war 2007 hauptsächlich mit dem Konzept und den Detailspezifikationen für das Projekt «Neue Personenfahndung» beschäftigt. Damit werden folgende Ziele verfolgt:

- Modernisierung der nationalen Fahndungssysteme RIPOL, insbesondere der Personenfahndung
- Internationale Anbindung an Interpol und das Schengener Informationssystem (SIS)
- Datenaustausch bundintern (Bundesamt für Justiz) sowie mit den Kantonen und dem Ausland (bilaterale Verträge mit Deutschland, Österreich und Liechtenstein).

Das Projekt befindet sich in der Phase der Realisierung, die Einführung ist für Januar 2009 vorgesehen.

AFIS DNA Services

Die AFIS DNA Services sind das nationale Dienstleistungszentrum des Bundesamtes für Polizei zur biometrischen Personenidentifikation mittels Finger- und Handballenabdrücken sowie DNA.

Kunden sind die Polizeistellen der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein, das Bundesamt für Migration (Asylwesen), das Grenzwachtkorps sowie das Departement für auswärtige Angelegenheiten (Visumwesen). Die Dienstleistungen stehen rund um die Uhr zur Verfügung.

2007 wurden rund 63'000 so genannte Zwei-Finger-Anfragen (Personenüberprüfungen basierend auf den beiden Daumenabdrücken) den AFIS DNA Services übermittelt und die Resultate nach spätestens zehn Minuten der anfragenden Stelle mitgeteilt. Insgesamt wurden im Berichtszeitraum ca. 125'000 Identifikationsanfragen verarbeitet, davon rund 25'000 aufgrund von DNA-Profilen sowie 100'000 mittels Fingerabdrücken.

Auch die in diesen Zahlen enthaltenen Erkennungszahlen der Tatortspuren wurden mit 4'450 so genannten Personen-Spur-Treffern (davon 3'200 auf DNA basierend) gegenüber dem Vorjahr deutlich gesteigert. Zusätzlich wurden in 4'800 Fällen Tatortzusammenhänge, (so genannte Spur-Spur-Treffer) über einen positiven DNA-Vergleich erkannt.

Die Ergebnisse der Identifikationsanfragen werden den Kunden in gesicherter, elektronischer Form zur Verfügung gestellt. Diese können sowohl zur Entlastung als auch zur Belastung der betroffenen Person beitragen.

Im Jahr 2007 wurden in den Bereichen Organisation, Prozesse und Technik signifikante Fortschritte gemacht, um die Qualität der bestehenden Dienst-

leistungen auch zukünftig zu sichern und auszubauen. Besondere Erwähnung verdient in diesem Zusammenhang das interne Projekt zur Akkreditierung der AFIS DNA Services nach dem Qualitäts-ISO-Standard 17025, welches im Jahr 2008 abgeschlossen werden soll.

Auch auf Seiten IT wurden in den Bereichen AFIS und DNA im Jahr 2007 wichtige Massnahmen umgesetzt, um die notwendige technische Basis für die erwähnten Dienstleistungen aufrechtzuerhalten und diese auszubauen. Im AFIS wurde die erste Etappe eines auf vier Jahre geplanten Upgrade-Prozesses durchgeführt. Ziel ist neben einer Steigerung der Leistungsfähigkeit, eine konstant hohe Systemverfügbarkeit zu haben, um die Kundenbedürfnisse vollumfänglich abdecken zu können. In der ersten Upgrade-Etappe wurden die Kernelemente des Erkennungssystems für Handflächen und -kanten ersetzt. Dank der technischen Weiterentwicklung und der stetigen Weiterbildung der Mitarbeitenden stiegen 2007 die Handflächentreffer verhältnismässig stark an.

Im Bereich der DNA-Profil-Datenbank CODIS wurde im September 2007 ein wichtiges Upgrade durchgeführt, welches dem gesteigerten Datenaufkommen in diesem Bereich Rechnung trägt und insbesondere schnellere Suchläufe zulässt.

2007 haben die AFIS Services erstmals einen zweiwöchigen Grundkurs Daktyloskopie (Fingerabdruckkunde) in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Polizei-Institut durchgeführt. Mit einer guten Ausbildung der kantonalen Polizei, speziell der Kriminaltechnischen Dienste, soll der hohe Standard gesichert und mittelfristig die Qualität der eingehenden Fingerabdrücke gesteigert werden, damit die Trefferraten noch höher werden.

Rechtsetzung (Rechtsdienst/ Datenschutz)

Projekt Polizeigesetzgebung des Bundes

Am 5. Juli 2007 wurde das Projekt «Polizeigesetzgebung des Bundes» gestartet. In einer interdepartementalen Arbeitsgruppe (EJPD, VBS, EFD), in der alle Bereiche der Bundesverwaltung mit einem Bezug zu polizeilichen Aufgaben vertreten sind, wurden im Berichtsjahr die Regelungslücken im geltenden Recht eruiert.

Bericht Videoüberwachung

Am 31. Januar 2007 erteilte der Bundesrat dem EJPD den Auftrag, gemeinsam mit dem UVEK, den Kantonen (KKJPD) und weiteren zuständigen Stellen die Thematik der staatlichen Videoüberwachung zu Sicherheitszwecken im öffentlichen Raum zu bearbeiten und bis September 2007 Bericht zu erstatten.

Eine Arbeitsgruppe (bestehend aus Vertretern des UVEK, des EJPD und der Kantone) unter der Leitung des Rechtsdienstes fedpol erarbeitete den Ist-Zustand in Recht und Praxis und legte den Soll-Zustand und die Massnahmen zu dessen Erreichung dar. In seinem Abschlussbericht, der vom Bundesrat am 28. September 2007 zur Kenntnis genommen wurde, kommt das EJPD zum Schluss, dass auf Bundesebene bis auf die zu kurze und zu starre Aufbewahrungregelung für Video-Aufzeichnungen von Verwaltungs-, Parlaments- und Regierungsgebäuden kein Handlungsbedarf besteht. Die Anpassung der entsprechenden Bundesverordnung wird 2008 umgesetzt. Soweit auf kantonaler und kommunaler Ebene noch Lücken bestehen, verweist der Bericht auf die kantonale Rechtsetzungshoheit im Gebiet des Polizeirechts.

Europaratskonvention zur Bekämpfung des Menschenhandels

Da die Europaratskonvention zur Bekämpfung des Menschenhandels mit der gesetzlichen Regelung von ausserprozessualen Zeugenschutzmassnahmen kantonale Kompetenzen berührt, hat fedpol in enger Zusammenarbeit mit der KKJPD eine auf Art. 4 des Bundesgesetzes über die Mitwirkung der Kantone bei der Aussenpolitik des Bundes (BGMK) gestützte Konsultation der Kantone veranlasst. Diese haben sich insbesondere zur allfälligen Systemwahl für eine gesetzliche Regelung des ausserprozessualen Zeugenschutzes ausgesprochen.

Bundesgesetz über die polizeilichen Informationssysteme (BPI)

Das BPI vereint die Bestimmungen zu den bestehenden polizeilichen Informationssystemen in einem einzigen Gesetz und stellt alle Informationssysteme in einen Gesamtzusammenhang. Abgesehen vom Nationalen Polizeiindex, als einem allgemeinen Verzeichnis vorhandener Polizeidaten, schafft das BPI keine neuen polizeilichen Datenbanken.

Am 26. Januar 2007 erhielt fedpol von der Rechtskommission des Nationalrates den Auftrag, das indirekte Auskunftsrecht in Einklang mit dem in der Zwischenzeit erfolgten Entscheid des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Sachen Segerstedt-Wyberg gegen Schweden auszugestalten. Dies führte zu einer Neuformulierung der Artikel 7 und 8 der Vorlage, die vom Nationalrat als Erstrat im Dezember 2007 angenommen wurde.

Revision des Waffengesetzes

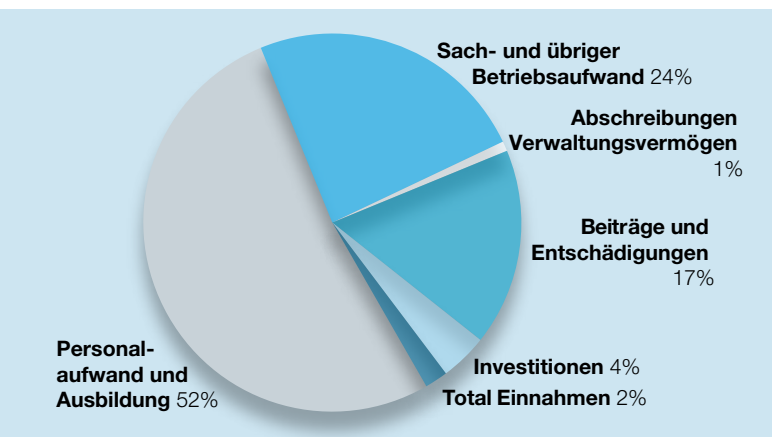
Die parlamentarischen Beratungen hatten bereits in der Sommersession 2006 im Ständerat begonnen. In der Frühlings- und Sommersession 2007 behandelte zuerst der Nationalrat das Geschäft als Zweitrat, in der Folge kam es in der Sommersession 2007 zu einem Differenzenbereinigungsverfahren. Am 22. Juni 2007 wurde die Revision des Gesetzes in der Schlussabstimmung angenommen.

Ressourcen

Die Abteilung Ressourcen erbringt in den Bereichen Finanzen, Informatik, Personal und zentrale Dienstleistungen zugunsten aller Einheiten des Amtes.

Finanzen Der Bereich Finanzen ist für die Finanzplanung, die Budgetierung, das Finanzcontrolling und -reporting sowie für die Kreditmittelüberwachung auf Stufe Amt zuständig, unter Berücksichtigung der Vorgaben des Departements, der Eidgenössischen Finanzverwaltung bzw. der Eidgenössischen Finanzkontrolle.

Dem gesamten Bundesamt für Polizei stand 2007 für die Umsetzung des Kernauftrages ein Budget von rund 233 Millionen Franken zur Verfügung.



Rechnung 2007

Eine besondere Bedeutung kam im letzten Jahr der finanziellen Führung im Rahmen des neuen Rechnungsmodells des Bundes (NRM) zu. Das NRM brachte einen massiven Systemwechsel mit sich. Daher bestand 2007 die Herausforderung darin, sämtliche Finanzvorgänge des Amtes nach dem NRM auszurichten und dabei Transparenz zu gewährleisten.

Die polizeilichen Aufgaben von fedpol **Informatik** weisen einen ausgesprochen hohen Informatikbezug auf; kaum ein polizeiliches Aufgabenfeld lässt sich ohne die Unterstützung der Informatik bewerkstelligen. So werden beispielsweise 47 verschiedene Fachanwendungen (Informationssysteme) betrieben und betreut, die für die tägliche Arbeit benötigt, beziehungsweise zwingende Voraussetzung zur Erfüllung des Leistungsauftrages gegenüber den nationalen und kantonalen Partnerbehörden sind.

Neue Gesetzgebungen und internationale Verpflichtungen, welche die Schweiz eingeht, haben neue oder erhöhte Anforderungen an die Informatik zur Folge, wie beispielsweise die Vorgaben der EU im Zusammenhang mit der Umsetzung des Schengener Abkommens.

2007 unterstützte der Bereich Informatik insbesondere folgende Grossprojekte: Polizeiseitige Anbindung der Schweiz an das Schengener Informationssystem; Einführung des Biometrischen Passes und Aufbau und Betrieb einer schweizerischen Hooligandatenbank.

Per Dezember 2007 arbeiteten 988 **Personal** Mitarbeitende bei fedpol.

Beim Bundesamt für Polizei arbeiten die unterschiedlichsten Berufsgruppen. Nebst Polizistinnen und Polizisten und Kriminologen sind dies vor allem Juristinnen und Juristen, Volkswirtschaftler, IT-Spezialisten, Finanzfachleute aber auch Psychologen, Handwerker und kaufmännische Mitarbeitende.

70 Prozent aller Mitarbeitenden waren 2007 zwischen 30 und 49 Jahre alt. Der Frauenanteil ist seit Jahren stabil und liegt bei durchschnittlich 30 Prozent. Davon besetzten im Berichtsjahr 17 Prozent eine Kaderposition.

75 Prozent der Mitarbeitenden sind deutscher, rund 20 Prozent französischer und 3,5 Prozent italienischer Muttersprache. Daneben gibt es auch Mitarbeitende mit rätoromanischer und anderer sprachlicher Herkunft.

Zentrale Dienste In der Sektion Zentrale Dienste sind die Bereiche Archivierung und Dokumentation, Sicherheit und Technik, Beschaffungsstelle und Materiallogistik sowie das Postoffice vereinigt.

Der Bereich **Archivierung und Dokumentation** (POLDOK) zeichnet für die systematische Aktenführung und den Nachweis der Verwaltungstätigkeit für alle Sachgeschäfte des Amtes verantwortlich (Registrierung). Der Bereich ist ausserdem zuständig für die Beschaffung und Vermittlung von Sachinformationen sowie für das Führen der Dokumentation für die mit präventiven und repressiven Aufgaben betrauten Einheiten des Amtes. 2007 wurden rund 2'350 Kundenanfragen beantwortet, 255 Recherchen durchgeführt und 2'200 Auswertungen erstellt. Es wurden rund 10'700 Schriftgüter verwaltet und rund 6'120 Schriftstücke ad acta gelegt.

Der Bereich **Sicherheit und Technik** übernimmt innerhalb von fedpol Aufgaben des Sicherheitsmanagements für Personen und Gebäude inklusive Zutrittskontrollsystem (Badge). Dazu kommen Fahrzeugmanagement, Bauprojektleitungen sowie die Notfallorganisation.

Die Aufgaben werden in allen Niederlassungen und Zweigstellen von fedpol wahrgenommen.

Im Berichtsjahr wurden 20 Fahrzeuge um- oder neu ausgerüstet. Insgesamt ist das Fahrzeugmanagement für die Instandhaltung, die Reparaturen sowie den Unterhalt von 150 Fahrzeugen zuständig.

Der Bereich **Beschaffung und Materiallogistik** erbringt innerhalb des Amtes Dienstleistungen in der Materialbeschaffung (inklusive Budgetierung), im Raum- und Umzugsmanagement, für Telefonie und Büromatik. 2007 wurden 340 Umzüge durchgeführt und 980 Telefonmutationen wie Spezielschaltungen und Installationen umgesetzt.

Das **Postoffice** organisiert mehrmals täglich den Kurierdienst sowie die Postverteilung innerhalb und ausserhalb des Amtes, sowohl zu den anderen Standorten und den Zweigstellen von fedpol, als auch zum Bundeshaus, zu ausländischen Botschaften und anderen Standorten der Bundesverwaltung. So wurden 2007 zirka 7'000 Kurieregänge getätigt, ungefähr 24 Tonnen Posteingänge und rund neun Tonnen Postausgänge bewältigt.

Glossar

Abkürzung	Bedeutung
AFIS	Automated Fingerprint Identification System
AFIS DNA	Nationales Dienstleistungszentrum des Bundesamtes für Polizei zur biometrischen Personenidentifikation mittels Finger- und Handballenabdrücken sowie DNA
ALD	Ausländerdienst
ARKILA	Ausweisreferenzsammlung
ASF	Automated Search Facility
ASF-SMV	ASF-Stolen Motor Vehicles
ASF-STD	ASF-Stolen Travel Documents
AWF	(Analysis Work File) Arbeitsdatei zu Analysezwecken
AWM	Arbeitsausschuss Waffen und Munition
BA	Bundesanwaltschaft
BBL	Bundesamt für Bauten und Logistik
BFM	Bundesamt für Migration
BJ	Bundesamt für Justiz
BKP	Bundeskriminalpolizei
BLZ	Bundeslagezentrum
BM	Betäubungsmittel
BPI	Bundesgesetz über die polizeilichen Informationssysteme
BSD	Bundessicherheitsdienst
BWIS	Bundesgesetz vom 21. März 1997 über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit
CODIS	Combined DNA Index System
CSIS	Central Schengen Information System
DAP	Dienst für Analyse und Prävention
DDoS	Distributed-Denial-of-Service
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
ENFSI	European Network of Forensic Science Services
EVA	Elektronische Visa
EZ	Einsatzzentrale fedpol
FABER	Fahrberechtigungsregister
FIT	Fingerprint Image Transmission
FIU	Financial Intelligence Unit
FRAUDE	Statistik über gefälschte Dokumente
GAFI	Groupe d'action financière
GPDel	Geschäftsprüfungsdelegation
Greco	Gruppe der Staaten gegen Korruption
GW	Geldwäscherei
GWK	Grenzwachtkorps
HOOGAN	Datenbank zur Bekämpfung von Gewalt bei Sportveranstaltungen
IAI	International Association for Identification
INFOSTAR	Datenbank des Eidg. Zivilstandsamts (BJ)
IP	Interpol
ISA	Informationssystem Ausweisschriften

Abkürzung	Bedeutung
ISC-EJPD	Informatik Service Center des EJPD
ISIS	Informatisiertes Staatsschutz-Informationssystem
IT	Informationstechnologie
Janus	Informationssystem der Bundeskriminalpolizei
KILA	Koordinationsstelle im Bereich Identitäts- und Legitimationsausweise
KKJPD	Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren
KKPKS	Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz
KMG	(Kriegsmaterialgesetz) Bundesgesetz vom 13. Dezember 1996 über das Kriegsmaterial
KOBIK	Nationale Koordinationsstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität
KSMM	Koordinationsstelle gegen Menschenhandel und Menschenschmuggel
LgSi	Lenkungsgruppe Sicherheit
MEC	Middle European Conference
MELANI	Melde- und Analysestelle Informationssicherung
MOFIS	Motorfahrzeugregister (dem ASTRA gehörendes, vom BIT betriebenes System aller in der Schweiz immatrikulierten Fahrzeuge).
MOU	Memorandum of Understanding
MROS	Meldestelle für Geldwäscherei
NAF	Neue Aktive Fahndungsverbreitung
NPF	Neue Personenfahndung
N-SIS	Nationaler Teil des Schengener Informationssystems
OK	Organisierte Kriminalität
OpKA	Operative Kriminalanalyse
PICC	(Police Information and Coordination Center) Polizeiliches Informationszentrum
RIPOL	Automatisiertes Fahndungssystem
Ripol-NPF	RIPOL Neue Personenfahndung (Web-Applikation, die NPF, NAF und RSF beinhaltet).
ROI	RIPOL Open Interface
SAA	Schengen-Assoziierungsabkommen
SECO	Staatssekretariat für Wirtschaft
SiA	Sicherheitsausschuss des Bundesrates
SINDEC	Stab für internationale Entwicklung und Krisenmanagement
SIRENE	Supplementary Information Request at the National Entry
SIS	Schengener Informationssystem
SIS II	Schengener Informationssystem der zweiten Generation
SISone4ALL	Übergangslösung SIS
SND	Strategischer Nachrichtendienst

Abkürzung	Bedeutung
SOC	Statement of Cooperation
SPI	Schweizerisches Polizei-Institut
SPOC	Single Point of Contact
SprstG	(Sprengstoffgesetz) Bundesgesetz vom 25. März 1977 über explosionsgefährliche Stoffe
SprstV	(Sprengstoffverordnung) Verordnung vom 27. November 2000 über explosionsgefährliche Stoffe
SRK	Schweizerisches Rotes Kreuz
SSI	Internationaler Sozialdienst
StS/BT	Ermittlungen Staatsschutz/ Besondere Tatbestände
SZH	Schweizerische Zentralstelle Hooliganismus
VBS	Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
VIN	Vehicle Identification Number
VoIP	Voice over IP
Vulpus	Nachrichtensystem der Polizei
WWIS	Verordnung vom 27. Juni 2001 über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit
WEF	(World Economic Forum) Weltwirtschaftsforum
WFD	Wissenschaftlicher Forschungsdienst
WG	(Waffengesetz) Bundesgesetz vom 20. Juni 1997 über Waffen, Waffen- zubehör und Munition
WGOC	Working Group on Organized Crime
WLAN	Wireless Local Area Network
ZEMIS	Zentrales Migrationsinformati- ons-system (dem EJPD gehörendes, vom ISC betriebenes System aller in der Schweiz lebenden Ausländer/innen sowie der Personen, die eine Einreisesperre haben).
ZKM	Zentralstelle Kriegsmaterial
ZS	Zentralstellen
ZSP	Zentralstelle Sprengstoff und Pyrotechnik
ZSW	Zentralstelle Waffen

